

LIBERALE PRESSE

Zeitschrift der LIBERALEN DEMOKRATEN

ZUM GELEIT

LIBERALE PRESSE - neues Kind, neuer Name, zugegeben, nicht sonderlich kreativ, aber jeder weiß hoffentlich, was gemeint ist: Liberale Presse nicht nur als neues Informationsorgan der Liberalen Demokraten, sondern auch als "Druck"erzeugnis in die Partei und das Umfeld hinein, aus selbstgefälliger Resignation und selbstgewähltem politischen Elfenbeinturm herauszutreten.

Man braucht ja gar nicht die großen politischen Themen zu nennen - Nachrüstung, SDI, Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung, Schneller Brüter -, auf deren Veränderung haben wir zugegebenermaßen derzeit nur bedingt Einfluß. Aber alle großen Fragen haben ihre Auswirkung im Kleinen, hier sollten sich Liberale allerorts einmischen, nicht sollten, sondern müßten, weil sonst jeder weitergehende politische Anspruch verwirkt wird.

Die LIBERALE PRESSE will dazu einen, wenn auch zunächst nur bescheidenen Beitrag leisten: Informieren, was an anderer Stelle passiert, welche nützlichen Ideen oder Aktionen in der Partei angegangen werden, welche Erfolge und Wirkungen sich im politischen Umfeld eingestellt haben.

Die LIBERALE PRESSE soll also kein Mitteilungsorgan des Bundesvorstandes sein, sondern hat einen weitergehenden Anspruch: Informations- und Kommunikationsorgan der gesamten Partei!

Es liegt an Ihnen, durch eigene Beispiele, Beiträge, Kritik oder Leserbriefe, den Anspruch auch umzusetzen.

Keine Veröffentlichung des Bundesvorstands ohne die leidliche Geldfrage - manche von Ihnen werden davon nichts mehr hören wollen. Aber es gilt (leider) weiterhin, daß u.a. auch die Lebensperspektive der LIBERALEN PRESSE von Ihren freiwilligen Spenden lebt. Die eingehenden Mitgliedsbeiträge reichen nicht aus, einen an der unteren Grenze angesiedelten Apparat aufrecht zu erhalten.

In Sachen Spenden ein Rechenbeispiel: Ledige erhalten bei DM 1200,- Parteispenden im Jahr DM 600,- sofort von Finanzamt erstattet. Bei 10% der Summe, nämlich DM 120,- erhalten Sie DM 60,- von Finanzamt erstattet. Bei einer Spende von DM 5,-/Monat können Sie dem Bundesvorstand schon einen großen Dienst erweisen. Benutzen Sie in diesem Sinne und ohne jede Verbitterung den beigefügten Überweisungsträger.

Die LIBERALE PRESSE startet mit den besten Vorsätzen und Absichten der Redaktion. Wir hoffen auf eine günstige Resonanz und erwarten Ihre Reaktion.

Mit den besten Grüßen
Irmingard Schewe-Gerigk
Georg Hundt
Redaktion LIBERALE PRESSE

Redaktionsschluß der nächsten Ausgabe:
25. November 1985

**Liberaler
Demokraten LD**

Herausgeber:

Bundesverband der LIBERALEN DEMOKRATEN
Karl-Hermann-Flach-Haus, Reuterstraße 44, 5300 Bonn
Verantwortlich: Georg Hundt, Irmingard Schewe-Gerigk

LIBERALE PHILOSOPHIE UND PRAXIS

von Ralf Bartz

So langsam macht es die Runde durch unsere kleine Partei: ich wolle den Liberalismus wie Wein auf eine Flasche ziehen, verkorken und für bessere Zeiten im Keller reifen lassen. Das Bild ist hübsch, aber auch falsch.

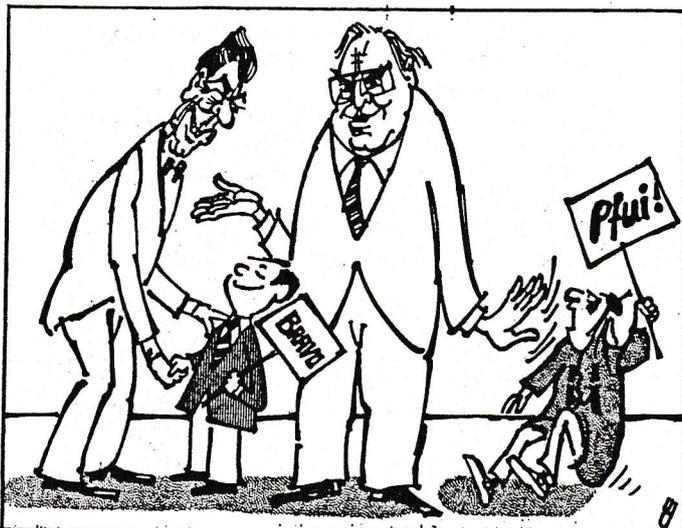
Aus der Analyse der Wählerwanderungen zur NRW-Wahl am 10. Mai habe ich in einigen Vorträgen abgeleitet: Selbst wenn wir schon eine handlungsfähige Partei wären, dann hätten wir gegenwärtig keine Chance zu 5% der Wählerstimmen. Gefordert habe ich dann, ein unverwechselbares Profil herauszuarbeiten, Mitglieder zu werben und die Organisation auszubauen.

Im gegenwärtigen Zustand ist unsere einzige Stärke unsere Prinzipientreue. Und die hat ihre Wurzel in der liberalen Philosophie. Meine Hoffnung (oder Spekulation) ist, daß die liberale Philosophie auch in der Praxis wieder gefragt sein wird, wenn

1. liberale Philosophie und die LD als ihre politische Organisation öffentlich gleichgesetzt werden
2. die liberale Philosophie bessere Antworten zu den Grundfragen unseres Zusammenlebens gibt als das so schön bunte Bündnis der Grünen und
3. die FDP öffentlich so gesehen wird, wie ihre Politik ist - als besserer Wirtschaftsrat der CDU.

Ich meine schon, daß die LD noch reifen muß. Wir müssen Kompetenzen erwerben und sichtbar machen. Dazu bitte ich immer wieder, daß wir uns konzentrieren auf die Grundfragen der Demokratie als der formalen Grundlage unseres Zusammenlebens und auf die Grundfragen der menschlichen Arbeit als der existentiellen Grundlage der Gemeinschaft.

Diese Strategie erfordert in der Tat einen langen Atem. Es ist nicht das Warten auf bessere Zeiten, sondern des Bewirkens durch eigene Arbeit. Je mehr wir leisten, umso eher können wir mit dem Anspruch auf politische Mitwirkung antreten.



Und das ist die jüngere Generation:

waz-Zeichnung: Frank Cerey

ARBEITSPOLITIK

LD legen Fundamente

Zum Berliner Parteitag im vergangenen Februar hat der Bundesvorstand den Antrag "Arbeit für alle?" eingebracht. Rund 50 Teilnehmer diskutierten ihn vier Stunden mit großen Engagement und gaben die Richtung der weiteren internen Arbeit vor.

Im April hat in Lohmar ein erstes Seminar stattgefunden, um Einzelfragen vertieft anzugehen, strittige Positionen zu klären und ein annähernd schlüssiges Konzept als Beratungspapier für alle Gliederungen abzufassen. Dieses liegt seit Juni vor, ist inzwischen von der Bundesgeschäftsstelle verschickt und schon bei einigen Gelegenheiten (z.B. LPT Rheinland-Pfalz) beraten worden.

Kurz zum Inhalt. In den Arbeitskreisen I und II wird die Notwendigkeit einer Arbeitspolitik damit begründet, daß (entlohnte Erwerbs-) Arbeit knapper wird (betroffen viele Millionen), daß die Gewichte zwischen Kapital und Arbeit sich zugunsten des ersteren verschieben und daß die Mitbestimmung gefährdet ist. Abschnitt III enthält fünf "Grundsätze" der LD-Arbeitspolitik, nämlich Wahlfreiheit, Gleichrangigkeit, ganzheitliches Leben, Differenzierungsverbot und Abgabepflicht. Abschnitt IV bringt die Forderung nach Arbeit für alle auf den Punkt: Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage nach Arbeitsleistungen. Eckpunkt, weil quantitativ am meisten bringend, ist der 6-Stundentag mit 30-Stunden-Woche bis 1990. Vorschläge, wie die Nachfrage nach Arbeitsleistungen zu steigern wäre, werden in Abschnitt V unterbreitet (Beispiel: öffentliche Investitionen oder Zuschüsse an Private zur Rekultivierung zerstörter Landschaften). Die Arbeitsqualität in Abschnitt VI hat es zu tun mit Mitbestimmung, Flexibilisierung der Arbeitszeit und Arbeitsort (z.B. Heimarbeit). Die wichtigen Fragen der Gleichstellung sind in Abschnitt VII benannt, aber nicht zu konkreten Aussagen geraten.

Dieser Überblick zeigt, daß die LD tiefer schürfen und andere Zeithorizonte mitbedenken als die gängige Tagespolitik. Es lohnt daher, noch mehr Problemkenntnis, Sachwissen und liberaldemokratische Substanz in das Papier zu stecken. Der Bundesvorstand hofft auf breite Befassung damit in den Gliederungen im Herbst und auf entsprechend inhaltsreiche Rückläufe. Ein zweites Seminar etwa Ende des Jahres wird aus alledem eine Gesamtvorlage für den nächstjährigen Bundestag erarbeiten. Er soll dann das Konzept der Arbeitspolitik verabschieden - als zweiten profilierenden Programmpunkt der LD im Sinne der "Kasseler Perspektive".

Hans-H. Wilhelmi

Der Frieden im Herbst 1985



1985 - ein Jahr mit vielen denkwürdigen Terminen: 40 Jahre nach der Beendigung des 2. Weltkrieges und Befreiung Deutschlands vom Faschismus, 40 Jahre nach den Atombombenwürfen der US-Amerikaner auf Hiroshima und Nagasaki, 30 Jahre nach Remilitarisierung der Bundesrepublik und Eintritt in die NATO. Und gerade im Jahre 1985 wird an der Rüstungsspirale erneut kräftig gedreht. Der Vollzug der Aufrüstung durch die "Nach"rüstung ist noch nicht ganz durchgeführt, da treten die für manche noch im Bereich des Science-Fiktion angesiedelten Visionen des Krieges der Sterne bereits in ihre Erprobungsphase. Dem US-amerikanischen Vorbild will die Vasallenregierung auf bundesdeutschem Boden nicht nachstehen: Das Bundeswehrbeschaffungsprogramm für die 90er Jahre ist auch nicht von schlechten Eltern und stellt alles bisherige in den Schatten. Die Kürzungen im Sozialbereich der letzten Jahre werden angesichts der Anforderungen der kommenden Militäretats historisch nur als Streifen der sozialen Hängematte gewertet werden können: Die großen Kürzungen kommen erst noch. Aber solche Entwicklungen in der realen Politik können ja auch ganz heilsam sein: Sah es vor einem Jahr noch so aus, als käme die Friedensbewegung nicht mehr einheitlich und gemeinsam über die Jahresrunde, ist man im Laufe des Jahres 1985 aufgrund der genannten laufenden Ereignisse wieder zusammengewachsen bzw. -gerückt, auf niedrigem Niveau zwar, aber immerhin. Was sich zum Ende 1984 noch fast auszuschließen schien, wurde während des großen Ratschlags

Mitte Juni 1985 beschlossen: Eine gemeinsame Aktionswoche des Koordinierungsausschusses der Friedensbewegung im November 1985, in dem sich alle Spektren der Friedensbewegung wiederfinden können oder sollen. Dazu wurden vom 10.11.85 - 16.11.85 die Schwerpunkte wie folgt gesetzt:

- So. 10.11.: Informationsbereich Religionsgemeinschaften
- Mo. 11.11.: ... Bildung, Wissenschaft, Jugend
- Di. 12.11.: ... Soldaten und Zdl
- Mi. 13.11.: ... Frauen
- Do. 14.11.: ... Arbeit und Soziales, Internationale Solidarität, Ausländer in der BRD
- Fr. 15.11.: ... Kommunalparlamente, Behörden, Bundestagswahlkreise
- Sa. 15.11.: Lokale Friedensversammlungen und Aktionen

"Signal für Frieden durch Abrüstung und Gerechtigkeit".

Zusammen mit den kirchlichen Friedenswochen wird also der Herbst 1985 voll unter dem Stichwort "Frieden" laufen, zumal die angekündigten Feierlichkeiten der Bundesregierung zur 30-jährigen Re-Militarisierung nicht ohne Eindruck auf die Friedensbewegung bleiben dürfte.

Zur Zeit arbeitet der Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung noch an den Materialien und Aktionsvorschlägen für die Ausgestaltung des Friedensnovembers. Mit der Fertigstellung ist in den nächsten Tagen zu rechnen. Auch hier ist der Einsatz der Liberalen vor Ort gefordert. *Georg Hundt*

Vorankündigungen

"Ist die Deutsche Frage noch offen" - Seminar des Bundesverbandes der LD in der Volkshochschule Hustede bei Celle. Einladungen und Informationen über Hans Wolf von Wietersheim, Carlo-Schmidt-Str. 36, 5340 Bad Honnef 6, Tel. 02224/80412 oder über die LD-Bundesgeschäftsstelle.

Termin: 2. Novemberwochenende

Liberales Bildungswerk

- 25.-27.10.85 Unna - Zur politische Situation in Nicaragua
TNB 50,-- DM
- 31.10.-3.11. Lohmar - Die Lage der Nation
Wie sieht die ökologische Situation der BRD aus, TNB 70,--
- 08.-10.11.85 Unna - Zum Stand der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD, TNB DM 50,--
- 19.-24.11.85 Lindlar - Alltag in Familie und Partnerschaft - Spiegelbild unserer Gesellschaft
TNB DM 150,--
- 22.-24.11.85 Unna - Zur politischen Situation in Südafrika, TNB 50,--

Im Teilnehmerbeitrag sind enthalten: Übernachtung, Verpflegung und Seminarmaterialien. Teilnehmer ohne eigenes Einkommen zahlen z.T. ermäßigte Teilnehmerbeiträge. Weitere Informationen, detaillierte Einladungen und Anmeldung:

LIBERALES BILDUNGSWERK NRW E.V.
Kieler Straße 29a, 5600 Wuppertal 1
Tel. 0202/455054

Termine

03. 11. 1985 Bundesvorstand Bochum
- 16./17. 11. 1985 Regionalkonferenz Karlsruhe
- 30.11./01.12. 85 Regionalkonferenz Münster
- 07./08. 12. 1985 Regionalkonferenz Lehrte

Kurzmeldungen

Der LD-Kreisverband Heidelberg/Rhein-Neckar hat ein Konzept für eine kommunale Baumschutzverordnung erarbeitet und im Heidelberger Stadtrat den Oberbürgermeister zum Erlaß einer Baumschutzordnung aufgefordert. Antrag und Begründung liegen schriftlich vor und können beim Kreisverband Heidelberg c/o Rüdiger Eggert, Boxberggring 12, 69 Heidelberg, Tel. 06221/380396 angefordert werden.

Aus Anlaß des 90. Geburtstages des Ehrenvorsitzenden der LD, William Borm, hat der Bundesvorsitzende Ralf Bartz die Gründung einer William-Borm-Stiftung angekündigt. Neben liberaler Bildungsarbeit soll der Schwerpunkt der Stiftungsarbeit vor allem der Zusammenarbeit der Linksliberalen in Europa dienen. Als erste mögliche Aktivität der Stiftung wurde ein Seminar zur Deutschen Frage ins Auge gefaßt (siehe auch unter Seminarankündigungen).

Im Landesvorstand NRW ist unter Federführung von Heidemarie Schmidt, Kleve, ein Konzept zum Thema Alterspolitik oder Altenarbeit mit besonderer Berücksichtigung der ambulanten Betreuung und Beratung, der Integration und der Aktivierung älterer Menschen entstanden. Der 15-seitige Entwurf kann bezogen werden über die Landesgeschäftsstelle, Marianne Ascher-Vöcking, Emmericher Str. 17, 4240 Emmerich 3.

Seminararbeit über LD

Die LIBERALEN DEMOKRATEN sind nun auch Thema einer wissenschaftlichen Seminararbeit. Christoph Brauers aus Hagen analysierte "Die LIBERALEN DEMOKRATEN und ihre lokalen Hochburgen in Nordrhein-Westfalen anhand der Kommunalwahlergebnisse 1984".

JA

ich interessiere mich für die Politik der LD:

- Bitte schicken Sie mir mehr Informationsmaterial
- Bitte laden Sie mich zu Veranstaltungen ein
- Bitte rufen Sie mich mal an: Telefon
- Ich möchte Mitglied werden

Name:

Straße:

Wohnort:

Coupon einsenden an:

Liberales Bildungswerk

Karl-Hermann-Flach-Haus

Reuterstraße 44

5300 Bonn 1

Telefon (0228) 21 78 87

Liberales Bildungswerk LD Demokraten

LIBERALE PRESSE

Zeitschrift der LIBERALEN DEMOKRATEN

Zum Geleit

Sehr geehrte Damen und Herren!
Liebe Freunde!

Das Buch liegt die nächste Ausgabe der LIBERALEN PRESSE. Zur ersten Ausgabe gab es nur ein verhaltenes Echo, als ob schon niemand mehr mit einer Verbesserung der innerparteilichen Kommunikation rechnet. Mit dieser Ausgabe wird das Vertrauen in die Kontinuität sicher wachsen, sodaß die Redaktion eine deutlichere Reaktion vernehmen wird. Eine Aussage im letzten "Zum Geleit" ist wohl mißverstanden worden. Die LIBERALE PRESSE will nicht Mitteilungsorgan des Bundesvorstandes sein in dem Sinne, daß der Bundesvorstand die politische Richtung vorgibt, der die Partei zu folgen hat. Vielmehr war der Wunsch Vater des Gedankens, daß politische Anstöße nicht nur aus den Reihen des Bundesvorstandes kommen, sondern auch aus den übrigen Gliederungen der Partei.

Die neue Ausgabe der LIBERALEN PRESSE enthält eine Mischung aus aktuellen und mehr langfristig angelegten Beiträgen. Der Bundesvorsitzende Ralf Bartz kommentiert den Genfer Gipfel, der Bundesschatzmeister Dieter Walter den aktuellen Stand der Parteifinzen. Dazu stel-

len die LK - Liberale Kommunalpolitiker ihre Arbeitsschwerpunkte für das kommende Jahr vor, die ersten Aktivitäten der William-Born-Stiftung werden dokumentiert, Kurzberichte und Terminhinweise vervollständigen die Ausgabe.

Ein Dank gilt allen Spendern, die dem Aufruf der letzten Ausgabe gefolgt sind, DM 3.000,- waren ein guter Anfang, vielleicht öffnet sich noch manch weihnachtlich gestimmtes Herz. Dazu eine weitere Möglichkeit: Die Herstellung der Zeitung erfordert die Deckung laufend entstehender Kosten, die Sie / Ihr durch eine kleine monatliche Spende zugunsten der Bundesgeschäftsstelle sicherstellen können. Schicken Sie deshalb möglichst zahlreich den beiliegenden Abbuchungsauftrag ausgefüllt an die Bundesgeschäftsstelle zurück, damit diese Zeitung im Jahre 1986 eine dauerhafte Einrichtung wird.

Zum Schluß bleibt mir für Sie / Euch der Wunsch nach ein paar ruhigen Feiertagen und einem guten Rutsch nach 1986.

Beste Grüße
Ihr / Euer
Georg Hundt

Genf - und nun ?

Schon vor der Begegnung von Gorbatschow und Reagan wurden die Erwartungen und Hoffnungen immer tiefer gedrückt. Die Friedenssehnsucht vieler Menschen in vielen Völkern würde schon im Vorfeld enttäuscht.

Haben die Zyniker der Macht wieder einmal recht behalten? Sind die Führer der Weltmächte unfähig zum Ausgleich? Für einige Tage sah es so aus, als ob US - Minister Weinberger als Anführer der Falken Gewicht verloren hätte, als ob in der US - Politik die Einsicht gewonnen würde, daß auch US - Politiker einen Atomkrieg nicht überleben werden. Es gab die Hoffnung auf die Vernunft der Weltmächte.

Und nun? Vieles deutet daraufhin, daß Star - War(SDI)

von beiden Seiten forciert betrieben wird. Ergänzend fordert die Nato den Ausbau der konventionellen Potentiale. Doch positiv: Es wird auch über Abrüstung weiterverhandelt. Ob das System der Abrüstungsverhandlungen überhaupt die Chance zu weniger Rüstung hat, wird zunehmend skeptisch hinterfragt.

Wir müssen weiter hoffen. Wir müssen weiter argumentieren, denn je mehr Menschen vom Wahnsinn der Rüstungspolitik überzeugt werden, umso mehr müssen die Führer der Weltmächte diese Überzeugungen beachten.

Hoffen und Argumentieren ist nicht sehr viel. Doch auch nach Genf können wir damit nicht aufhören.

Ralf Bartz

**Liberale
Demokraten LD**

Herausgeber: Bundesvorstand der Liberalen Demokraten
Karl-Hermann-Flach-Haus
Reuterstr. 44, 5300 Bonn 1, 0228 / 21 78 87
Sparkasse Bonn 1900.1999 BLZ 380 500 00
Redaktion: Georg Hundt

Deutsche können und müssen in beiden Weltlagern dem Frieden dienen

Das erste Seminar der William-Borm-Stiftung unter der Fragestellung 'Ist die deutsche Frage noch offen?' ist mit einiger Spannung erwartet worden. Ich muß sogar einräumen, daß ich Angst hatte gerade vor diesem Thema, das, wie kaum ein anderes, so von Parolen, Denkblokaden und geschichtlichen Verfälschungen besetzt ist. Wie kann es gelingen, den zwar künstlichen, aber doch sehr dichten Nebel wegzublenden und die Grundlagen des Zusammenlebens von Deutschen in Ost und West wieder freizulegen.

Schon das erste Referat von Dr. Wolfgang Weber, Universität Augsburg, zeigte, wie relativ die staatliche Einheit Deutschlands doch ist, wenn 'Mittleuropa vom Dreißigjährigen Krieg bis zu den Potsdamer Beschlüssen 1945' betrachtet wird. Während sich in der Nachbarschaft im Westen und Osten, im Norden und Süden die Nationalstaaten entwickelten, hatte Deutschland es doch sehr schwer, zur Einheit zu finden. Es stimmt nur Traurig, wenn der heutige Streit in der historischen Dimension gesehen wird. Auch das zweite Referat von Josef Janning MA, Universität Bonn, über 'das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes und die Auffassung des Bundesverfassungsgerichts dazu' zeigte einen schon historischen Wandel in der Sichtweise der deutschen Frage.

Mit diesen Grundlagen konnte das Seminar den Blick auf die heutige Zeit und nach vorne richten. Die Thesen geben ein Ergebnis wieder, auf das Teilnehmer sich verständigen konnten. Diskutiert wurde noch viel mehr, so z.B. die An-

regung, einen neuen Status für Berlin als Symbol der internationalen Verständigung zu finden. Damit sind schon die Fragestellungen für weitere Seminare aufgeworfen. Neben den Referenten ist besonders dem Ehepaar von Wietersheim für die Vorbereitung des Seminars zu Unser bester Experte, nämlich William Borm selber, konnte wegen einer akuten Erkrankung nicht teilnehmen. Ich bin aber sicher, daß das Ergebnis ganz in seinem Sinne ist.

Ralf Bartz

Ehrendoktorwürde für William Borm

Die rechtswissenschaftliche Fakultät der Karl-Marx-Universität Leipzig hat am 25. September 1985 William Borm die Ehrendoktorwürde verliehen.

Diese Auszeichnung ist sehr bemerkenswert, da damit die Verdienste William Borms um den Ost-West-Ausgleich gewürdigt wurden.

War es schon menschlich ganz außergewöhnlich, daß William Borm auf 9 Jahre Zuchthaus in der DDR nicht mit Haß, sondern mit einem dauerhaften Bemühen um Verständnis und Ausgleich reagierte, so ist die Annahme der Ehrung ein weiterer Höhepunkt. Borm versteht die politische Geste als Zeichen der Hoffnung.

Wir gratulieren unserem Ehrenvorsitzenden voller Respekt.

Termine Termine

Der nächste ordentliche Bundesparteitag der LD findet am 13./14. 04. 1986 im Raum Münster / Osnabrück / Ostwestfalen statt. Die Einladung erfolgt mit der nächsten LIBERALEN PRESSE.

Auch der Sozialliberale Gesprächskreis der SPD erwacht zu neuem Leben: Am 18. 01. 1986 findet in Bonn eine

neue Gesprächsrunde zum Thema

"Krise der technologisch-hochentwickelten Industriegesellschaft" statt. Referenten u.a. HH. Wilhelmi (LD), Wolfgang Roth (SPD), Wolfgang Lüder (FDP).

Das LBW NRW bietet Interessenten für den Anfang 1986 folgende Seminare:

11./12. 01. 1986 kommunalpolitisches Seminar mit den Schwerpunkten

WILLIAM - BORM - STIFTUNG E.V. (in Gründung)

Thesen des Seminars

"Ist die deutsche Frage noch offen?"

am 08. 11. - 10. 11. 1985 in der Heimvolkshochschule Jägeri Hustedt bei Celle

1. Deutsche können und müssen in beiden Weltlagern dem Frieden dienen. Angesichts der Superrüstung der beiden Weltmächte und der Konfrontation auf deutschem Boden ist das politische Ziel der Sicherung des Friedens vordringlicher denn je. Sie ist oberstes Staatsziel. Ihr gegenüber ist die Herstellung der deutschen Einheit nachrangig.

2. Die Pflicht zur Friedenspolitik ergibt sich ebenso aus der deutschen Geschichte.

3. Wenn eine Chance zu einer neuen staatlichen Gestaltung Deutschlands überhaupt gefunden werden soll, dann kann sie nur in einer Welt verminderter Konfrontation gefunden werden.

4. Ansatzpunkte für eine Politik in der und durch die Bundesrepublik Deutschland, um nach innen und außen eine Atmosphäre der Versöhnung zu schaffen, sind

a. Neuinterpretation der Präambel des Grundgesetzes (in der Auslegung des Bundesverfassungsgerichts von 1973):

- neue Gewichtung der Staatsziele (Friedenspolitik)
- Aufgabe der Fiktion vom Fortbestehen des Deutschen Reiches,
- Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze,
- Verzicht auf usurpatorisches Staatsbürgerschaftsrecht.

b. Provokationen vermeiden, Illusionen abbauen, Verteufelung des Kommunismus unterlassen und auf das Herrschaftsinstrument "Antikommunismus" verzichten, den "17. Juni" aufgeben,

c. das Schaffen, Beleben und Erweitern deutsch-deutscher Verhandlungsspielräume auf allen politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Ebenen,

d. das Einwirken auf die westlichen Bündnispartner zur Sicherung des Friedens, zur Ausweitung vertrauensbildender Maßnahmen, zur Rüstungskontrolle und zur Abrüstung,

e. das Hinwirken auf eine umfassende europäische Friedensordnung.

5. Die so angestrebte Atmosphäre der Versöhnung gewährleistet auch Freiräume für eine östliche Friedenspolitik. Die Deutschen im Osten sind aufgefordert, ihrerseits friedenssichernd auf ihre Bündnispartner einzuwirken, um vertrauensbildende Maßnahmen auszuweiten sowie zur Rüstungskontrolle und zur Abrüstung beizutragen.

Rechte der kom. Mandatsträger, Gemeindefinanzen und alternative Öffentlichkeitsarbeit, Marl, TNB DM 40,-, 01. 02. / 02. 02. 1986 Frauenrhetorik, Lindlar, TNB DM 40,-, 15. 02. / 16. 02. 1986 Verkehrsberuhigung, Lohmar, TNB DM 40,-, 15. 02. - 22. 02. 1986 Ökologie im Wattenmeer, Spiekeroog, TNB DM 280,-

Das Seminar Lohmar II zur Endredaktion des Antrages "Arbeit für Alle?" zum kommenden Bundesparteitag findet vom 31. 01 - 02. 02. 1986 ebenfalls in Lohmar statt. Anmeldungen bis zum 20. 01. 1986 in der Bundesgeschäftsstelle, der Teilnehmerbeitrag beträgt DM 60,- bei freier Übernachtung und Verpflegung.

ZUR LAGE DER PARTEIFINANZEN

Die **LIBERALE PRESSE** gibt mir als Bundesschatzmeister die Gelegenheit, nicht nur den Landes- und Kreisschatzmeistern, sondern allen Parteimitgliedern einen Überblick über die Finanzsituation unserer Partei zu verschaffen.

Ich darf zunächst in Erinnerung bringen, daß die Partei für die Wahlkämpfe Hessen und Bremen einen Wahlkampfkredit in Höhe von ca. DM 225.000,- benötigt hat. Dieser Kredit ist durch die Ablösung der gezeichneten Bürgschaften ständig zurückgeführt worden. Die Kreditzurückführung erfolgte zügig, sodaß der Schuldensaldo des Wahlkampfcredits zum 01. Januar 1985 noch DM 40.334,98 betrug. Die zwar lästigen, aber ständigen Bemühungen des Bundesschatzmeisters und des Bundesgeschäftsführers haben diesen Saldo bis zum 31. Oktober 1985 auf DM 28.224,80 herunterdrücken können.

Daneben wird natürlich noch das laufende Geschäftskonto der Bundespartei geführt, das zum 31. Oktober 1985 einen Schuldensaldo von knapp unter DM 40.000,- auswies.

Z. Zt. versucht die Sparkasse in Bonn, die restlichen Bürgschaften einzulösen, sodaß der Wahlkampfkredit noch weiter reduziert werden kann. Wir müssen jedoch damit rechnen, daß ein Teil des

Kredites wegen nicht möglicher Inanspruchnahme von Bürgen auf das laufende Konto übernommen werden muß. Wir rechnen damit, daß wir das laufende Konto auf eine Kreditlinie von DM 60.000,- einsteuern müssen.

Deshalb sind wir z.Zt. dabei, neue Bürgschaften zu sammeln, die sich lediglich auf die Kreditlinie des laufenden Kontos des Bundesverbandes beziehen. Dieses Sammeln von Bürgschaften war zunächst relativ erfolgreich, jedoch stockt derzeit die Bereitschaft von Freunden als Bürgen aufzutreten, und ich bitte an dieser Stelle herzlich und dringend darum, daß sich die Freunde, die finanziell dazu in der Lage sind, doch noch dazu einschließen, mit einer Bürgschaft dazu beizutragen, die Finanzen der Partei problemlos zu konsolidieren. Ein Anruf in der Bundesgeschäftsstelle genügt zur Übersendung eines Bürgschaftsformulars.

Unser Bundesgeschäftsführer, den wir aus Finanzgründen bedauerlicherweise zum 31. März 1985 in die Arbeitslosigkeit entlassen mußten, hat durch äußerst sparsame Geschäftsführung und später durch ehrenamtliche Mitarbeit dazubeigetragen, daß die Bundesgeschäftsstelle mit einem geringen Etat auskommen kann. Dazu gehört selbstverständlich, daß die Landesverbände für die ge-

meldeten Parteimitglieder auch ihre Beiträge in voller Höhe abführen. Dem muß natürlich eine entsprechende Arbeit der Kreis- und Landesschatzmeister vorausgehen. Leider funktioniert das nicht in allen Landesverbänden. Darum ist es mir auch nicht möglich, einen verbindlichen Zahlungsplan gegenüber der kreditgebenden Sparkasse in Bonn aufzustellen, der eine kontinuierliche Rückführung des Kredits vorsehen müßte. Es hat auch keinen Zweck, das vom Bundesschatzmeister zu verlangen, wenn gleichzeitig die Landesverbände nicht sicherstellen, daß sämtliche Beiträge auch pünktlich bezahlt werden.

Ich halte es deshalb für erforderlich, daß der Sockelbetrag (Sonderzahlungen an die Bundesgeschäftsstelle), der die nötigsten Geschäftsaufgaben sicherstellt, als Einnahmequelle angehoben wird und bitte deshalb alle Freunde sich zu überlegen, neben ihrem Mitgliedsbeitrag einen weiteren Betrag, und mag er noch so klein sein, direkt an die Bundesgeschäftsstelle zu leisten.

Zur Beruhigung kritischer Freunde möchte ich darauf hinweisen, daß bei Zahlung und Weiterleitung aller Mitgliedsbeiträge für den Bundesverband sowie unter Berücksichtigung des Sockelbetrages und der noch anfallenden Kosten der Bundesgeschäftsstelle

eine vollständige Entschuldung der Bundespartei in den nächsten drei bis vier Jahren möglich wäre.

Lassen Sie mich noch eine letzte Sorge ansprechen: Hier geht es um die leidigen Jahresabschlußberichte der Ort- und Kreisverbände bis hin zu den Landesverbänden. Trotz frühzeitiger Hinweise im Jahr 1985 auf die notwendigen anstehenden Arbeiten in den Gliederungen habe ich als Bundesschatzmeister keinen Jahresabschlußbericht bis zum gesetzlich festgesetzten Termin aus den Gliederungen erhalten. Ich frage Sie deshalb: Wie wollen wir glaubwürdig eine Offenlegung der Parteienfinanzierung verlangen, wenn die für diese Aufgaben gewählten Parteimitglieder ihre Aufgaben selbst nicht erledigen. Hier wäre eine Anfrage bei den durch Sie gewählten Schatzmeistern sicher einmal angebracht.

Gestatten Sie mir zum Abschluß noch ein Wort: Ich verstehe die **LIBERALE PRESSE** nicht als Klagemauer, sondern als Medium nützlicher Information, kann sie doch dazu beitragen, auch noch bestehende organisatorische Schwächen abzustellen. Auch in diesem Sinne hat der Bundesvorstand die feste Absicht, die Parteifinanzen zu konsolidieren.
Dieter Walter

Einzugsermächtigung

Name, Anschrift :

bin mit dem automatischen Einzug vom DM.....(i.W.....)
monatlich zur Finanzierung der Bundesgeschäftsstelle der Liberalen Demokraten einverstanden.

Name der Bank :

Bankleitzahl :

Kontonummer :

.....
vollständige Unterschrift

Kurzmeldungen

Kommunalpolitik und kommunales Handeln, Emanzipation für den Bürger vor Ort, Ver-Gläserung der Verwaltung - dies sind wichtige Aufgaben der Liberalen Demokraten. Die LK - LIBERALE KOMMUNALPOLITIKER E.V. - wollen diese Arbeit bundesweit koordinieren und fördern.

Am 19. 02. 1983 in Bochum gegründet, haben die LK - LIBERALE KOMMUNALPOLITIKER E.V. bisher mit

- drei Fachkonferenzen Kommunalpolitik,
- Kommunalpolitischen (Nach-)Drucksachen, Arbeitspapieren sowie
- Informationsversand und -austausch
- kommunale Initiativen und liberale Kommunalvertreter unterstützt.
- Die LK - LIBERALE KOMMUNALPOLITIKER E.V. - verstehen sich als Bindeglied all der Personen und Vereinigungen/Fraktionen, die
- sich für liberale Kommunalpolitik interessieren,
- liberale Kommunalpolitik (mit-) gestalten wollen,
- bereits erfolgreich liberale Kommunalpolitik betreiben,
- anderen Hilfe und Anregung geben können und
- dabei nicht alleine bleiben möchten.

Seit März 1985 sind im Sprecherrat als Sprecher HARTMUT MÜNTHER aus Borchen-Dörenberg, als Stellvertreter Norbert Wiemann aus Dortmund, als Schatzmeister Friedhelm Nickolmann aus Bochum und als Sprecherin der Mitgliederversammlung Almuth Fischer aus Lehrte.

Sie haben sich vorgenommen, den Zusammenhalt und die Profilierung der Liberalen Demokraten in kommunalen Vertretungen weiter zu fördern und anzuregen durch

- Austausch von Anträgen und Anfragen,
- Arbeitshilfen - bspw. Musteranträgen,
- Fortentwicklung liberaler Programmatik zur Kommunalpolitik.

Dafür wird derzeit eine Anfrage zu kommunalen (Wirtschafts-) Gesellschaften vorbereitet, die sich gegen die Auslagerung der Verantwortung des Rates und die Verschleierung von Transparenz im Verwaltungshandeln richtet; sie wird allen LK-Mitgliedern und LD - Gliedern zugehen. Weiter sollen (möglichst gute) Beispiele für Bürgerinformationen gesammelt und aufbereitet werden als Anregung für andere, ähnliches zu tun bzw. zu unterlassen. Und letztlich befindet sich die Broschüre zur letzten Fachkonferenz in der Endredaktion. Der regionale Schwerpunkt der Arbeit wird im nächsten Jahr in Niedersachsen liegen, wo am 05. Oktober 1986 Kommunalwahlen stattfinden.

Übrigens. Der Teil 'Demokratie in der Gemeinde', des Beschlusses 'Die Demokratie erneuern' vom letzten LD - Bundesparteitag in Berlin wurde von den LK - LIBERALE KOMMUNALPOLITIKER E.V. erarbeitet. Interessenten an dieser Arbeit erhalten nähere Informationen über die Anschrift LK - LIBERALE KOMMUNALPOLITIKER E.V. Postfach 25 04 40 4630 Bochum 25. (Bitte DM 1,- in Briefmarken beilegen.)

Die 3 Broschüren zu den Fachkonferenzen Kommunalpolitik (Bochum 1983, Nürnberg 1984, Marburg 1985) sind zum Preis von je DM 2,- (einschließlich Porto) - Briefmarken der Bestellung beizufügen - ebenfalls dort erhältlich. Friedhelm Nickolmann

Nach einjähriger Pause hat eine neue Ausgabe der Liberalen Drucksachen das Licht der Welt erblickt. Nach den Aussagen des neuen 'Chefredakteurs' Heinz Hermann Storck, vormals Bundesvorstandsmitglied der LD besteht die begründete Aussicht auf eine erfolgreiche Wiedergeburt. LD - Mitglieder können durch die Bestellung eines Jahresabonnements zum Subskriptionspreis von DM 50,- dazu einen Beitrag leisten. Interessenten überweisen den Betrag bis zum 10. 01. 1986 auf das Konto 258 172 der Marburger Volksbank (BLZ 533 000 00) unter dem Stichwort 'LD'.

Wie bereits verschiedene Male gemeldet, wurde am 03. 11. 1985 in Bochum die William-Borm-Stiftung gegründet. Erster Vorsitzender der Stiftung ist der stell. Bundesvorsitzende der LD Hans Herbert Wilhelmi (Bonn), seine Stellvertreterin ist Almuth Fischer (Lehrte) und Schatzmeister Georg Hundt (Münster).

Die Rede des Ehrenvorsitzenden der LD, William Borm anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde der Karl-Marx-Universität in Leipzig ist in der Frankfurter Rundschau am 31. 10. 1985 dokumentiert worden und kann als Kopie in der Bundesgeschäftsstelle angefordert werden.

Die Bremer LD machen wieder von sich hören: Unter der Leitung von Ernst-Günther Weber fand am 14. 11. 1985 in der Bremer Stadthalle eine vielbeachtete Podiumsdiskussion zum Thema "Humanes Sterben" statt. Teilnehmer des Podiums waren u.a. Hans Henning Atrott, Präsident der Deutschen Gesellschaft für humanes Streben, Herbert Brückner, Gesundheitssenator, Heinz Hermann Storck, Liberale Demokraten.

Rund 300 Teilnehmer diskutierten sehr engagiert ein offenbar aktuelles Thema. Die Bremer Parteifreunde hoffen auf eine Initialzündung auch an anderen Orten der Republik, zumal in der Zusammenarbeit mit DGHS auch ein günstiges Finanzierungsmodell gefunden wurden. Interessenten können sich auch hier an die Bundesgeschäftsstelle wenden.

Sehe geehrte Frau Schewerig und Herr Hundt!

Ihr Engagement in Ehren, aber ich finde, auch unter neuem Namen - schon besser als das Ganze vorher - werden Sie den erhofften Erfolg nicht haben. Warum?

Meine Meinung: Sie schreiben im "Zum Geleit":

"Die LIBERALE PRESSE soll kein Mitteilungsorgan des Bundesvorstandes sein."

Garade das aber sollte es meiner Meinung nach in erster Linie sein. Denn Außenstehende - Mitgliederwerbung - fragen doch zuerst einmal nach der großen Linie einer Partei, was sie zu aktuellen politischen Themen sagt, erst danach interessieren sie sich für die Arbeit der örtlichen Gliederungen.

"Alle großen Fragen haben ihre Auswirkung im Kleinen". Was aber, wenn es bei den Fragen bleibt und keine Antworten kommen? Dieses Ausbleiben von Stellungnahmen ist meiner Meinung nach die Ursache für das Schrumpfen unserer Partei. Sie muß schon Farbe bekennen, wenn sie zur Kenntnis genommen werden will. Solange sie das nicht tut, fehlen mir Antworten bei der Mitgliederwerbung und an Info-Ständen.

Allein zu sagen, wir sind gegen Rüstung, genügt da nicht. Etwas genauer möchte ich das schon wissen, um mich vor Ort einsetzen zu können. Erst muß ich wissen, wo ich stehe, dann kommt die Kleinart. Es tut mir leid, aber auch unter neuem Namen mit dem alten Mangel an Informationen - genauer: Wegen des Ausklammerns von Stellungnahmen zu brisanten Themen wie z.B. Rüstung - sehe ich keinen Grund zu geldlicher Unterstützung. Dabei, wie gerne würde ich das tun, dazu war ich ja angetreten, aktiv zu sein für eine Partei, die nicht nur menschenwürdiges Leben schaffen will, sondern auch die Voraussetzung dazu, nämlich Frieden anstelle von Vorbereitungen zu gegenseitiger Vernichtung.

Wenn gesagt wird, daß wir dazu als Partei zu klein sind, ja dann - -

Mit freundlichem Gruß
Antonia Euler
Hannover

Liberaler
LK
Kommunalpolitiker

LIBERALE PRESSE

Zeitschrift der LIBERALEN DEMOKRATEN

Zum Geleit

Sehr geehrte Damen und Herren!
Liebe Freunde!

Hoffentlich noch frühzeitig genug vor dem VII. Bundesparteitag am 12. / 13. 04. 86 in Osnabrück erreicht Sie / Euch eine weitere Ausgabe der LIBERALEN PRESSE. Die Bedeutung des VII. Bundesparteitages legt der Bundesvorsitzende im Innenteil in einen längeren Beitrag zur Situation der Partei dar.

In den Schwerpunkten handelt es sich um den vorweggenommenen Rechenschaftsbericht, auch die Bilanz der Liberalen Demokraten mehr als 3 Jahre nach ihrer Gründung und nach einer gehörigen Portion der Ernüchterung bei der Mehrheit der Mitglieder.

Es wird somit allen Teilnehmern(innen) des Parteitages schon im Vorfeld die Möglichkeit gegeben, sich inhaltlich mit dem auseinanderzusetzen, was an Rechenschaftsbericht des Bundesvorstandes zu erwarten ist. Vielleicht steigt damit die Motivation zur Diskussion und zur Auseinandersetzung und zur Entscheidung, doch noch am Parteitag teilzunehmen.

Die Bundesgeschäftsstelle nimmt jedenfalls noch Anmeldungen entgegen.

Die Anträge sind in der vergangenen Woche an die Landesvorsitzenden, an die Landesgeschäftsstellen und die Vorsitzenden der Gliederungen verschickt worden. Inte-

ressierte Mitglieder wenden sich deshalb bitte an ihre zuständigen Vorsitzenden.

Darüberhinaus erhalten die Teilnehmer des Parteitages ein Antragspaket mit der Entrichtung des Teilnehmerbeitrags. Mehr war leider nicht möglich.

Für alle, die dennoch keine Möglichkeit haben, Einblick in das Antragspaket zu nehmen, deshalb hier ein kurzer Überblick:

Der umfangreichste Antrag ist der Antrag des Bundesvorstandes zum Schwerpunkt der Arbeit im vergangenen Jahr: Arbeit für alle? Auf 17 Seiten wird das Konzept der Liberalen Demokraten zur Arbeitspolitik vorgestellt, die Konfliktbereiche des Arbeitsmarktes aufgeschlüsselt, werden die zukünftige Rolle der Arbeit und die zentralen Forderungen erläutert und der Anschluß zu den angrenzenden Politikfeldern hergestellt. Ein Antrag aus dem Kreisverband Köln ergänzt den Antrag des Bundesvorstandes um den Schwerpunkt "Gleichstellung von Mann und Frau". Satzungsänderungsanträge sind zu zwei Schwerpunkten gestellt:

Der Kreisverband Osterholz beantragt, innerhalb der nächsten 6 Monate die Voraussetzungen für die Auflösung der Partei zu schaffen und die Partei als einen politischen Verband weiterzuführen, der die Mitarbeit von Mitgliedern verschiedener Parteien zuläßt.

Die Schwerpunkte der Satzungsänderungsanträge des Bundesvorstandes erläutert der Bundesvorsitzende in sei-

nem Beitrag im Innenteil, es kann deshalb an dieser Stelle darauf verwiesen werden.

Die übrigen Anträge seien nur kurz angeführt, weil sie voraussichtlich bei uns nicht so umstritten sind wie insbesondere die Satzungsänderungsanträge;

Der Antrag zur Deutschen Frage wurde in der LIBERALEN PRESSE bereits als das Ergebnis des ersten Seminars der William-Born-Stiftung dokumentiert. Die Anträge zum Asylrecht und zur Abschaffung des § 175 (Homosexuelle Handlungen), § 182

(Verführung) sowie Neufassung § 176 StGB (Sexueller Mißbrauch von Kindern) bewegen sich auf bereits von uns ausgeleuchtetem Gelände.

Der Antrag "Umweltschädlichkeit von Diesel-PKW" aus Berlin greift die Diskussion um das "umweltfreundliche" Auto erneut auf, seine Behandlung dürfte die Partei vor keine Zerreißprobe stellen.

Damit wären die fristgerecht eingegangenen Anträge genannt. Wie in unseren Kreisen üblich, muß allerdings noch mit einer Reihe von Dringlichkeitsanträgen gerechnet werden, deren inhalt-

liche Schwerpunkte allerdings der Geschäftsstelle noch nicht bekannt gemacht wurden.

Es wäre schön, wenn sich ein paar von den noch Unschlüssigen jetzt dazu entscheiden, doch zum Parteitag zu kommen, der Diskussion und der Qualität der Beschlüsse kann es nur förderlich sein. Ein Wort zu den mit einem Parteitag immer im Zusammenhang stehenden persönlichen Fragen: Aus z.T. persönlichen oder z.T. beruflichen Gründen werden der Schatzmeister Dieter Walter und die stellvertretenden Vorsitzenden Thomas Schwärzler, Theo Schiller und Heidi Neuert nicht wieder für den Bundesvorstand kandidieren.

Ihre Kandidatur bereits angekündigt hat Almuth Fischer aus Niedersachsen, vielen sicherlich noch aus vorherigen Bundesvorständen bekannt. Für den Bundesschatzmeister sind bereits einige Gespräche geführt worden, ein Name ist allerdings noch nicht spruchreif.

Das wäre eigentlich schon fast alles, was den Bundesparteitag betrifft.

Es bleibt die Hoffnung auf eine engagierte, vielleicht heftige, aber möglichst offene und faire Diskussion..

In die Tasche lügen können wir uns ja doch nicht mehr.

Beste Grüsse
IHR / EUER



**Liberaler
Demokraten LD**

Ausgabe 2 ' 86

Herausgeber: Bundesvorstand der Liberalen Demokraten
Karl-Hermann-Flach-Haus
Reuterstr. 44, 5300 Bonn 1, 0228 / 21 78 87
Sparkasse Bonn 1900.1999 BLZ 380 500 00
Redaktion: Georg Hundt

Schleichender Tod oder organisatorische Konsequenz von RALF BARTZ - Bundesvorsitzender der LD

Die Liberalen Demokraten sind eine Partei.

Ihr Auftrag steht mit klaren und einfachen Worten in Artikel 21 Absatz 1 Satz 1 des Grundgesetzes: Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.

Wir haben bisher nicht erreicht, diesen Auftrag wahrzunehmen - weder in den Parlamenten noch im vorparlamentarischen Bereich. Ganz selten, aber immerhin haben wir einige Mandate im kommunalen Bereich. Doch auch über diese Mandate werden wir nicht so richtig glücklich. Unsere Freunde in den Rathäusern und Kreistagen werden so sehr von dieser Arbeit beansprucht, daß sie keine weiteren Beiträge zum Aufbau der LD leisten können.

Weil wir so wenig leisten, geht der Frust um. Wir verlieren ständig Mitglieder - auch solche, die mit sehr viel Elan bei der Gründung und den ersten Wahlkämpfen dabei waren. Jetzt sind wir so schwach, daß wir uns vor jeder Wahl fürchten müssen.

Aus früherer Erfahrung haben wir uns einen Parteaufbau gegeben, der sich am Modell der Basisdemokratie orientiert. Die Liberalen Demokraten sind so stark oder so schwach, wie die Basis aktiv und kreativ ist. Die damaligen Überlegungen waren durchaus richtig, denn Engagement und Arbeitseifer der Mitglieder haben wirklich einen Aufbau von unten getragen. Doch nach den ersten Mißerfolgen bei den Landtagswahlen in Hessen und Bremen ging dieser Elan verloren. Heute ist er fast vollständig verschwunden.

Ich bin sehr enttäuscht und auch traurig, daß auch der zweite Versuch nach dem Kassler Parteitag vom 19./20. Mai 1984 gescheitert ist. Dort haben wir nach sorgfältiger - auch streitiger - Diskussion gemeinsam beschlossen, alle Kräfte auf die vorparlamentarische Arbeit zu konzentrieren. Für dieses Arbeitsprogramm habe ich für den Bundesvorsitz kandidiert.

Jetzt bin ich enttäuscht, weil von den 12 Handlungsfeldern, die dann der Bundesvorstand ausgearbeitet hat, wenn überhaupt, so nur eine ganz verhaltene Umsetzung an der Basis ausging.

Obwohl ich viel gereist bin und immer wieder die gemeinsam beschlossene Strategie erläutert habe, gab und gibt es auch heute keine Loyalität zum gemeinsamen Handeln. Wenn gearbeitet wird, dann an Themen, die aus der örtlichen Diskussion geboren werden.

Ganz überwiegend wird aber überhaupt nicht gearbeitet, weder an eigenen Themen noch an den Themen, die vom Bundesvorstand ausgearbeitet wurden. In unserem gestuften Aufbau vom Mitglied zur örtlichen Gliederung über den Landesverband zum Bundesvorstand sind nicht einmal die Themen und das hinter den Themen stehende Aufbauprinzip weitergereicht worden.

Immer wieder habe ich gewarnt, daß eine inaktive Mehrheit nicht eine aktive Minderheit blockieren darf. Doch genau dieser Zustand ist eingetreten, bis hin zu örtlichen Auflösungsbeschlüssen, die dann die letzten Aktiven auch noch lahmlegten.

In diesem Zusammenhang muß ich das marode Finanzsystem ansprechen. Auch das Finanzsystem ist von unten nach oben organisiert. Bei den Landesverbänden kommen nur noch Restbeträge an. Noch kleiner ist der Rest für den Bundesverband. Er ist so klein, daß der Bundesvorstand nicht handlungsfähig ist, denn die alten Schulden aus früheren Wahlkämpfen soll er ja auch noch abtragen. Immer wieder führt der Bundesvorstand Finanzverhandlungen um die Beitragsrückstände der Landesverbände. Zu keiner Zeit habe ich gewußt, mit welchen Beiträgen ich für die Bundesarbeit nun wirklich kalkulieren kann.

Wir müssen uns jetzt der Einsicht stellen, daß wir so nicht weitermachen können. Stärker noch als zur Zeit der Gründung bin ich überzeugt, daß unsere Gesellschaft ganz dringend eine linksliberale Partei braucht. Ich bin auch bereit, mich der geschichtlichen Verantwortung für die großartige Idee der Freiheit im Rechtsstaat zu stellen. Ich bin sicher, daß dieses Motiv auch die getreuen Mitglieder der Liberalen Demokraten trägt. Jeder für sich wird es vielleicht anders formulieren. Im Kern geht es immer um die Verwirklichung der Freiheit im Rechtsstaat. Und die ist heute wirklich bedroht.

Doch dann müssen wir uns überlegen, wie wir gemeinsam wirksam arbeiten können. Dazu müssen wir nachprüfen, welche Arbeitskraft uns zur Verfügung steht und über welche Finanzen wir disponieren können. Unsere Arbeitskraft und unser Geld müssen wir dann für politische Arbeit und nicht für innerparteiliche Organisation einsetzen.

Es wäre ja richtig, wenn die Kreisverbände Kommunalpolitik, die Landesverbände Landespolitik und der Bundesverband Bundespolitik bearbeitet. Doch so wird bei

uns nicht gearbeitet, nur im seltenen Ausnahmefall. Wir müssen uns auf eine Ebene konzentrieren, und zwar auf die Bundespolitik. Kommunalpolitik können wir nur dort machen, wo eine örtliche Gruppe mit kommunalpolitischer Erfahrung durch eine kontinuierliche Arbeit die Chance für die nächste Kommunalwahl aufbaut. Das sind nur ganz wenige Orte in der Bundesrepublik.

Nürnberg, Heidelberg, Marburg, Kleve, Leverkusen, Bochum und Wilhelmshaven sollten nach meiner Kenntnis eine realistische Chance in der Kommunalpolitik haben. Alle LD - Mitglieder mit einem kommunalpolitischen Schwerpunkt sollten diesen Orten zuarbeiten.

In der Landespolitik sind wir ganz schwach. In den Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen gibt es Anknüpfungen. Sonst gibt es in der Landespolitik nichts für uns.

In der Bundespolitik müssen wir ein Profil zeigen. Hier müssen wir unsere Kräfte konzentrieren. Hier müssen alle mitarbeiten.

In unserer kleinen Partei ist viel Intelligenz versammelt. An einem Thema haben wir mit Erfolg probiert, bundesweit ein Thema zu bearbeiten: Arbeit für alle. Dieses Thema hat der Bundesvorstand nicht nach unten delegiert, wie es den Beschlüssen des Kasseler Parteitages entsprochen hätte, sondern zentral bearbeitet. Wir haben ein doppeltes Ergebnis. Schon die Arbeitsphase war für die Beteiligten interessant und streckenweise spannend; und dann ist ein Ergebnis von erstaunlicher Qualität entstanden. Nach dem Parteitag in Osnabrück muß dann die Umsetzung, das Einfädeln in die politische Diskussion geleistet werden. Dazu muß die Auseinandersetzung mit Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften, den anderen Parteien gesucht werden. Nach unserer Parteistruktur und unseren Beschlüssen ist das Aufga-

be der Basis. Doch was wird dann passieren? Haben wir dann wieder einmal ein gutes Papier beschlossen, das anschließend langsam vergessen wird? Soll es wieder den gleichen Prozess geben wie nach dem Berliner Parteitag? Da haben wir ein zauberhaftes Demokratie - Papier beschlossen. Doch was hat die Basis damit gemacht?

Wir wollen doch etwas bewirken. Wir wollen doch unseren grundgesetzlichen Auftrag, an der Willensbildung des Volkes mitzuwirken, ernstnehmen. Dazu reicht es nicht, schöne Beschlüsse zu fassen. Dazu gehört auch die Bereitschaft zur Auseinandersetzung. Wenn diese Bereitschaft an der Basis nicht vorhanden ist, dann müssen wir den Bundesvorstand damit beauftragen - und dann müssen wir ihm die organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten geben. Ich denke, daß ein Kongress in Bonn über "Arbeit für alle?" mit den genannten Auseinandersetzungspartnern ganz sinnvoll wäre, Doch ein solcher Kongress kostet sicherlich um die 5000 bis 8000 DM, die der Bundesvorstand nicht hat. Auch der Bundesvorstand wird sich auf wenige Themen konzentrieren müssen. Am

Demokratie-Thema müssen wir weiterarbeiten. Wenn wir uns als nächstes den Volksentscheid vornehmen, finden wir auch Diskussionspartner, die unsere staatliche Demokratie ähnlich entwicklungsbedürftig sehen.

Kein Profil zeigen die Liberalen Demokraten bei den Freiheitsrechten. Dumpf leiden wir unter den Sicherheitsgesetzen (welch niedlicher Sprachgebrauch für Staatsschutzgesetze). Als Bündnispartner für den Arbeitsbereich Freiheitsrechte sehe ich zuerst die Deutschen Jungdemokraten. Ich möchte auch mit den europäischen linksliberalen Parteien einen Arbeitskontakt aufbauen - vielleicht ist in einem europäischen Verbund doch eine Möglichkeit für die Europawahl 1989 zu schaffen.

Meine politische Zielsetzung für die Bundesarbeit soll über die Kette Themenbereiche - Bündnisse - Auseinandersetzung mit Gegnern - Profil der LD - Öffentlichkeit gehen.

Es gibt zwei Wege in die Öffentlichkeit: Entweder über die Macht oder über die Qualität der Beiträge. In unserer Lage gibt es nur den Weg über die Qualität. Wir haben ge-

zeigt, daß wir das leisten können - und dann haben wir uns wieder in der eigenen Organisation gefangen. Es ist jetzt dringend, daß wir die Organisation auch wirksam gestalten. Das heißt schlicht und einfach, eine handlungsfähige Bundespartei mit bundesunmittelbarer Mitgliedschaft und Finanzhoheit für den Bundesverband.

Die Skepsis aus früherer Erfahrung gegen einen "starken" Bundesverband müssen wir aufgeben. Was soll ein "schwacher" Bundesverband, wenn wir insgesamt ein Nullum bleiben?

Über drei Jahre haben wir das basisdemokratische Modell jetzt probiert - und sind doch nur geschrumpft.

Ein kompetenter Bundesverband ist nicht weniger demokratisch und weniger liberal, wenn die Basis ihre Aufsichtsmöglichkeiten wahrnimmt. Wenn die Basis dieses nicht tut, besteht allerdings die Gefahr, daß der Bundesverband "abhebt". Doch gegen alle Risiken kann man sich nicht versichern, Noch sind die Liberalen Demokraten groß genug, daß eine organisatorische Straffung lohnt. Geben wir uns die Chance zur politischen Wirksamkeit!

Der Bundesvorstand wird dem Parteitag in Osnabrück dazu einige Satzungsänderungen vorlegen. Ich bitte um Zustimmung. Ich bitte aber auch, daß eine ehrliche und offene Diskussion geführt wird. Die schäbige Diskussion in Berlin um die Beitragsordnung habe ich noch in schlechter Erinnerung.

Ich melde meine Kandidatur für den Bundesvorsitz erneut an. Ich bitte aber um Verständnis, daß ich nicht so wirkungslos wie bisher weiterarbeiten kann. Ich versichere, daß ich loyal zu den Beschlüssen der Liberalen Demokraten stehen werde. Ich bitte aber auch, daß - anders als bisher - die Partei loyal gegenüber ihren Mandatsträgern ist. Der Hang zur Anarchie ist etwas Schönes - mit etwas Disziplin werden wir mehr Erfolg haben. Es wäre nicht fair, die Disziplin nur von den Amtsträgern zu fordern. Ich schlage ein organisatorisches Modell vor, das die Chance zu mehr Erfolg hat. Ob es die Chance bekommt, hängt von allen Mitgliedern ab, die den Parteitag am 12./13. April in Osnabrück besuchen.

Einzugsermächtigung

Name, Anschrift :

bin mit dem automatischen Einzug vom DM.....(i.W.....)
monatlich zur Finanzierung der Bundesgeschäftsstelle der Liberalen Demokraten
einverstanden.

Name der Bank :

Bankleitzahl :

Kontonummer :

.....
vollständige Unterschrift

LESERBRIEF

Liebe Sozial- / Links-Liberale,
liebe Freunde,

im Alter von 35 Jahren trat ich im Februar 1946 einer liberalen Partei bei. Es war in Bayreuth; die Partei hieß dort damals LDP. Daraus wurde die bayrische Landespartei namens FDP.

Im März 1947 kam es in Rothenburg o.d.T. zur Gründung der zonenübergreifenden DDP, die aber bald am Ost-West - Gegensatz zerbrach. Die Entwicklung endete zunächst in Heppenheim mit der Gründung der liberalen BRD-Partei, der FDP (zunächst ohne Pünktchen). Von dieser Partei spaltete sich später der Ministerflügel unter Blücher nach rechts ab. Es blieb übrig: Die sozialliberale FDP mit Karl - Hermann Flach als Vordenker und Dr. Thomas Dehler als Leitfigur.

1982 blieb es dann den Herren Genscher und Graf Lambsdorff vorbehalten, unter den noch allen Liberalen in Erinnerung gebliebenen Begleitumständen eine SPD / FDP - Koalition entgegen der Wahlaussage zu verlassen und die FDP zu einer Wirtschaftspartei zu degradieren. Die Entwicklung dieser FDP und die "Taten" der Rechtsregierung Kohl/Genscher in den zurückliegenden dreieinhalb Jahren haben immer wieder denen Recht gegeben, die ihren sozialliberalen Idealen und entsprechenden politischen Weg treu geblieben und ja auch darum die FDP verließen.

Einige dieser Freunde glauben, bei der linken Volkspartei neue politische Hei-

mat und liberal-soziale Wirkungsmöglichkeiten finden zu können. Ob da nicht auch Opportunismus im Spiel war, mag dahingestellt bleiben.

1982 wählten einige Freunde, dem Beispiel William Borms folgend, den geraden Weg, dessen Mühsal nicht unerwartet war. Aber: Je mehr wir Abstand gewinnen von den Ergebnissen des Jahres 1982, umso deutlicher erweist sich, daß die Deutschen in der BRD eine unverwechselbare liberale Partei mit sozialem Gewissen nötig haben wie das tägliche Brot.

Wer am 18. Januar 1986 an der dritten Zusammenkunft des von der SPD initiierten sozial-liberalen Gesprächskreises teilnahm, konnte mit den Händen greifen, daß Sozialdemokraten ohne die Assistenz einer links - liberalen Partei keine besondere Zukunftsperspektive zu bieten vermögen.

Deshalb richte ich dieses sehr persönlich gehaltene Wort an alte und neue liberale Freunde:

Nicht sich entmutigen lassen, die "Liberalen Demokraten", unter welchen wahltaktischen bzw. wahltechnischen Bedingungen auch immer, durchhalten und damit eine bessere Politik in Deutschland, und das heißt für eine liberal beeinflusste, in der Zukunft die Voraussetzung schaffen!

Wir müssen uns deshalb auf den anstehenden Parteitagen an erster Stelle darüber unterhalten, wie wir linksliberale Vorstellungen vom politischen Weg unseres Landes den Medien und damit den

Wahlbürgern vermitteln. Dabei sollte die Möglichkeit der neu gegründeten William-Borm-Stiftung nicht übersehen werden. Auch wir leiden - natürlich erst recht - unter der grassierenden (Flick sei Dank) Parteienverdrossenheit. Eine politische Stiftung hat es leichter als eine Partei, Suchende, Fragende, unsicher Gewordene anzusprechen, zumal wenn diese den Namen eines Mannes wie William Borm trägt.

.....
Mit persönlichen Grüßen und den besten Wünschen für die liberale Sache grüßt Sie


(Hans-Wolf von Wietersheim),
der sich noch erinnern kann, wie einstmal Mutlosigkeit zur Mitschuld wurde.

Kurzmeldung

Verschiedene Anti-Apartheid-Gruppen haben zum 16. Mai 1986 zum einem Bankaktionstag in der Bundesrepublik aufgerufen, bei dem insbesondere auf die Verflechtung bundesdeutscher Banken mit dem Rassisten-Regime in Südafrika hingewiesen werden soll und geeignete Boykottmaßnahmen begonnen werden sollen.

Der Bundesvorstand der Deutschen Jungdemokraten will dazu einen eigenen Beitrag leisten und ruft seine Kreisverbände auf, sich örtlich an den Aktionen der Anti-Apartheid-Gruppen zu beteiligen. Unterstützungswillige Mitglieder der Liberalen Demokraten setzen sich deshalb zum Aufbau einer liberalen Front mit den örtlichen Jung-

demokraten in Verbindung oder bestellen Material beim Bundesverband der DJD, Reuterstr. 44, 5300 Bonn 1.

Termine Termine

Das Liberale Bildungswerk NRW e.V. setzt seine politische Bildungsarbeit auch im 2. Quartal 1986 fort und lädt zu folgenden Seminaren ein:

25. - 27. April 1986 in Kamen: Frauensprache - Männersprache - Gibts das ? - ein praxisbezogenes Rhetorikseminar von Frauen für Frauen;

26. - 27. April 1986 in Kamen: Verkehrsberuhigung in Wohngebieten;

24. - 25. Mai 1986 in Kamen in Zusammenarbeit mit dem Allgemeinen Deutschen Fahrrad - Club e.V.: Regionale Radverkehrsnetzplanung;

Seminarreihe 1986 für kommunalpolitisch Interessierte mit den Themen:
- Regionale Radverkehrsnetzplanung,

- kommunale Haushalts- und Finanzpolitik,
- kommunale Energiepolitik,
- Verkehr - Umwelt - Fahrrad,
- kommunale Frauenpolitik,
- Fachseminar Stadtplanung in Weimar (DDR).

Anmeldungen, weitere Informationen und ausführliche Einladungen über:

Liberale Bildungswerk NRW e.V., Kieler Str. 29 c. 5600 Wuppertal 1, 0202 / 45 50 54

JA

ich interessiere mich für die Politik der LD:

- Bitte schicken Sie mir mehr Informationsmaterial
- Bitte laden Sie mich zu Veranstaltungen ein
- Bitte rufen Sie mich mal an: Telefon
- Ich möchte Mitglied werden

Name:

Straße:

Wohnort:

Coupon einsenden an:

Liberales Bildungswerk

Karl-Hermann-Flach-Haus

Reuterstraße 44

5300 Bonn 1

Telefon (0228) 21 78 87

Liberales Bildungswerk LD Demokraten

LIBERALE PRESSE

Zeitschrift der LIBERALEN DEMOKRATEN

WUM GELEIT !

Sehr geehrte Damen und Herren!
Liebe Freunde(innen) !

Vor Ihnen / Euch liegt die dritte Ausgabe der LIBERALEN PRESSE im Jahre 1986. Ich hoffe, daß Sie / Ihr mit der Halbzeitausgabe einigermaßen zufrieden sind.

Die neue Ausgabe hat zwei Schwerpunkte:

Am 12. / 13. April 1986 hat in Osnabrück der VII. ordentliche Bundesparteitag der Liberalen Demokraten stattgefunden mit den nach der Satzung vorgeschriebenen Regularien wie Bericht, Aussprache und Entlastung des alten Bundesvorstandes sowie Neuwahl und Verabschiedung der Anträge.

Neben einem allgemeinen Bericht über die Debatten des Parteitages erhalten Sie / Ihr die Wahlergebnisse und einen Überblick über die verabschiedeten Anträge. Von besonderer Bedeutung dabei waren die Anträge zur Änderung der Bundessatzung, würden dadurch die inneren Verhältnisse der Liberalen Demokraten erheblich verändert.

Weil der Bundesparteitag noch keinen Beschluß über das politische Verhalten der

Liberalen Demokraten anläßlich der kommenden Bundestagswahl fassen wollte, hat er diese Entscheidung auf einen außerordentlichen Bundesparteitag vertagt., der am 22. Juni 1986 in Dortmund stattfindet. Einladung und Organisationshinweise gehen mit dieser LIBERALEN PRESSE gemäß der neuen Satzungsbestimmung an alle Mitglieder ebenso wie der vom Bundesvorstand mehrheitlich eingebrachte Antrag zur politischen Vorbereitung der Bundestagswahl 1987.

Nach dem bereits vor nahezu einem Jahr Frauen aus dem Bereich der Liberalen Demokraten ein erfolgreiches Seminar zu Frauenthemen in Göttingen durchgeführt haben, wurde auf dem Osnabrücker Parteitag ein weiteres Seminar vereinbart. Die Einladung dazu liegt dieser LIBERALEN PRESSE bei, allerdings nur bei den weiblichen Mitgliedern. Anmeldungen zu dem Seminar bitte an die Bundesgeschäftsstelle, damit es organisatorisch ordentlich vorbereitet werden kann.

Zum Schluß noch zwei Bemerkungen über eine erfolgreiche Veranstaltung und eine erfreulichen Entwicklung:

Am 07. Mai 1986 fand in Braunschweig die erste Veranstaltung der Liberalen Wählerinitiative 'Liberalen gegen Albrecht' zum Thema 'Sicherheitsgesetze' statt. Teilnehmer auf dem Podium waren u.a. SPD - Ministerpräsidenten Kandidat Schröder, der grüne Fraktionsvorsitzende Trittin und der Bundesvorsitzende der LD Ralf Bartz. Nach schleppendem Beginn entwickelte sich eine erfreulich offene Diskussion, die für einige Bereiche der sogenannten inneren Sicherheit hoffen läßt. Gerhard Schröder sicherte für den Fall seiner Wahl zum Ministerpräsidenten zu, daß in Niedersachsen keine Lesegeräte für den neuen Personalausweis angeschafft würden.

Im weiteren Verlauf des Wahlkampfes sind weitere Foren in Göttingen, Hannover, Wilhelmshaven und Oldenburg zu den Themen Frauen, Rechtsstaat, Humanes Sterben und 'Arbeit für

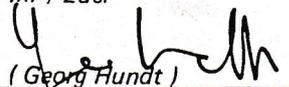
alle' vorgesehen.

Die erfreuliche Entwicklung betrifft die Finanzen der LD. Immerhin ist es inzwischen gelungen, den Stand der Altschulden noch einmal zu reduzieren, denn eine auf dem Bundesparteitag erfolgreiche Sammlung hat der Bundespartei Luft verschafft. Nach den vorgenommenen Satzungsänderungen erhält nun der Bundesverband erheblich mehr Möglichkeiten, selbst die Mitgliedsbeiträge einzuziehen. Das macht ein politisches Planen in bescheidenem Umfang wieder möglich. Und sollten die auf dem Osnabrücker Parteitag selbstgesteckten Ziele in der 2. Jahreshälfte dann tatsächlich umgesetzt werden, könnten wir schon einige Erfolge vermelden.

Ich hoffe, ich sehe die meisten von Ihnen / Euch auf dem Dortmunder Parteitag in vier Wochen.

Mit den besten Grüßen

Ihr / Euer


(Georg Hundt)

**Liberaler
Demokraten LD**

Herausgeber : • Bundesvorstand der Liberalen Demokraten - Karl-Hermann-Flach-Haus - Reuterstr. 44, 5300 Bonn 1, 0228 / 21 78 87

Sparkasse Bonn 1900.1999
BLZ 380 500 00

Redaktion : Georg Hundt
Auflage : 2.500

Bericht an die Ferngebliebenen

' Die ungehemmte Entwicklung zum autoritären Staat ist eröffnet, weil es kein liberales Gewissen in der heutigen Politik gibt ', war der Kernsatz aus dem Bericht, den LD-Bundesvorsitzender Ralf Bartz auf dem VII. Bundesparteitag am 12. / 13. April 1986 in Osnabrück gab. In scheinbarer Resignation fügte er hinzu " Ich wünsche mir schon die aufgeklärten Monarchen zurück ".

Was besorgt mache, sei der fehlende Widerstand. Die Kritik gelte dem linken Lager. Was aufrege, sei das dumpfe Leiden der Linken, sei ihre Unsicherheit, sei die Flucht in Romantik und Mythologie. Der gegenwärtigen Politik der Bundesrepublik mangle es an einer Gruppe, die den Wertmaßstab der Menschenwürde nie vergäße.

Wenn dieser Befund aber richtig ist, warum seien dann die Liberalen, die diese Sorgen teilten, so erfolglos, fragte Ralf Bartz und leitete damit über zu einer Analyse des inneren Zustandes der Liberalen Demokraten, die von zahlreichen Rednern in der dann folgenden Aussprache aufgegriffen wurde. Im Vordergrund stand dabei, ob die Liberalen Demokraten als Partei oder als Verband weiterarbeiten sollen und die Frage nach der Motivation - die von Ulrich Krüger angesprochen wurde.

Für Ralf Bartz lassen sich die bisherigen Mißerfolge mit den Unterschieden erklären, die zum einen bei den Gründungsmitgliedern, aber auch in den Temperamenten, in der Ungeduld und schließlich in den Interessen der Mitglieder vorliegen. Zum anderen würden jedoch auch Diskussionen über mögliche, in der

Vergangenheit liegende Chancen die für eine Aufbastrategie notwendigen freien Gedanken behindern. Endlich sei aus früheren Tagen das Spiel ' die da oben, wir da unten ' so verinnerlicht, obwohl es in der LD überhaupt keinen Sinn mache.

' Das Grundverständnis, daß eine Partei nur so gut ist, wie die einzelnen Parteimitglieder sich selbst mit ihrem Verstand, ihrem Herzen und ihren Händen einbringen, ist relativ selten ', fügte er hinzu.

Es müssten zuerst einmal die eigenen Verhaltensweisen überprüft werden. William Borm nenne Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit nicht ohne Grund in einem Atemzug. Der Aufbau einer liberalen Partei erfordere, daß sich alle in Disziplin und Zuverlässigkeit auch wechselseitig aufeinander verlassen könnten. Zwar hätten die Liberalen einen fatalen Hang zur Anarchie, doch habe auch die Solidarität eine liberale Wurzel. Neben allen kritischen Bemerkungen sei aber auch hervorzuheben, wie sehr die Liberalen Demokraten in Nord und Süd als Freundeskreise zu erfahren sind.

Mit dem Blick auf die dem Parteitag vorliegenden Anträge für Satzungsänderungen, die im weiteren Verlauf beschlossen wurden, begründete Ralf Bartz die Notwendigkeit einer neuen, wirkungsvolleren Organisation der Partei. Nur basisdemokratisch zu sein, würde allzu leicht zum Selbstzweck. Die knappen Ressourcen, Arbeitskraft und Geld sollten möglichst zentral eingesetzt werden, um wirksam zu sein und die Liberalen Demokraten politikfähig zu machen.

Wie der Bericht des Bundes-

vorsitzenden war auch die sich anschließende Aussprache nicht von sonnigem Optimismus, sondern von einer eher nüchternen Einschätzung der Lage oder - gemäß liberalem Denken - von Aufklärung und Vernunft geprägt.

' Können wir eigentlich guten Gewissens für eine Mitgliedschaft in unserer kleinen Partei werben? Welche Perspektiven können wir neuen Mitgliedern eröffnen? ', waren drängende Fragen aus dem Kreis der - zum letzten Mal - Delegierten.

Die Antworten hierauf waren unterschiedlich. Während einige meinten, man müsse zur Ehrlichkeit mit sich selbst zurückfinden, erklärten andere, daß gerade die Notwendigkeit einer als richtig erkannten liberalen Politik es erfordere, nicht aufzugeben. Sonst würde man sich dem Vorwurf aussetzen, historisch versagt zu haben. Wer jetzt der Partei beiträte, hätte die Chance, ihre Aussagen in einem sehr starken Maße mitzugestalten. Diese Forderungen liberaler Politik aber heute aufzustellen - und zwar unbeeinflusst von jedem Machtkalkül und taktischen Erwägungen - sei die gegenwärtige, von den Liberalen Demokraten zu leistende Aufgabe. Die Themenkomplexe ' Arbeit für alle ' und ' Die Demokratie erneuern ' seien Beispiele dafür, wie sie erfüllt würde.

Es wurden aber auch Zweifel angemeldet, ob diese Arbeitsform für die LD im kommenden Jahr angemessen ist, in dem vielfältige Wahlen auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene anstehen. Jeder wisse um die politisierende Kraft, die von solchen Wahlen auseinandersetzen ausgehe. Auf Vorschlag des Bun-

desvorstandes wolle man sich zwar nicht auf diesem Parteitag mit der Frage beschäftigen, wie sich die LD in die kommende Bundestagswahl einbringen könnten. Hierzu müssten zunächst einmal die niedersächsischen Erfahrungen mit einer Wählerinitiative und der Veranstaltung von Foren abgewartet werden. Herauszustellen ließe sich jedoch schon heute, daß die Partei sicherlich keine Kandidaten aufstellen würde, sondern sich in anderer Form einbringen müßte. Hierüber müßte ein außerordentlicher Parteitag noch im Juni, nach dem niedersächsischen Wahltag entscheiden.

Wolle man über die nächste Bundestagswahl hinaus zusammenbleiben, so müsse man die Chance haben, in Verbindung mit ihr einen politischen Erfolg an seine Fahnen heften zu können, um so zu einem Erfolgserlebnis zu kommen. Dies könnte bedeuten, sich für eine eigene und unverwechselbare Forderung und einen Partner zu entscheiden, mit dessen Hilfe sie sinnvoll durchgesetzt werden könnte. Was die LD einbringen könnte, wäre die Tatsache ihres fortgesetzten Bestehens und des daraus abgeleiteten Anspruchs, für die versprengten Linkliberalen in der Bundesrepublik zu sprechen.

Die bisher bewiesene Standfestigkeit sei aber zugleich die beste Gewähr dafür, daß die Linkliberalen als Einheit den Wahltag bestehen und ihre Arbeit als Partei im Aufbau fortsetzen würden. Die Tatsache ihrer fortwährenden Existenz sei zugleich ihr politisches Pfund, mit dem sie wuchern sollten '.

HANNO JOCHIMSEN

DIE ERGEBNISSE DER ANTRAGSBERATUNG

In der Antragsberatung des Parteitages in Osnabrück bildeten sich drei Schwerpunkte, die Beratung der vom Bundesvorstand vorgelegten Änderungen zur Bundessatzung, die Entscheidung über den vom Kreisverband Osterholz vorgelegten Antrag zur Auflösung der LD und Umwandlung zum politischen Verein sowie die Abschlußberatung über das erarbeitete Programm zu 'Arbeit für alle'.

Bei der Beratung des vorgelegten Programmwerfs 'Arbeit für alle' konnte es eigentlich keine Kontroversen mehr geben, zu umfangreich war die bisherige Diskussion auf den verschiedenen Ebenen der Partei.

Präzisierungen ergaben sich zu den Bereichen der Neordanisierung der Arbeit, zur Teilzeitarbeit, zur Steuerpolitik, zur Gleichstellung von Mann und Frau im Arbeitsprozess.

Mit diesen Änderungen wurde das Programm einstimmig verabschiedet, der Bundesvorstand hat inzwischen beschlossen, daraus eine Programmbroschüre zu erstellen, mit der der Beschluß dann in die politische Diskussion eingebracht werden kann. Es besteht berechnete Hoffnung, daß die Broschüre zum a.o. Bundesparteitag in Dortmund vorgelegt.

Erfolgreich kontroverser verlief die Diskussion um den Auflösungs-, Umwandlungsantrag des Kreisverbandes Osterholz. Die Entscheidung fiel nach einer doch ziemlich sachlich und emotional wenig aufgeheizten Diskussion deutlich aus: Der Antrag aus Osterholz wurde nach geheimer schriftlicher Abstimmung mit 71 zu 19 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Nach dieser Grundsatzentscheidung über die weitere Existenz der Partei fanden auch die vom Bundesvorstand beantragten Satzungsänderungen eine breite Mehrheit.

Nach den neuen Satzungsbestimmungen ändern sich die inneren Verhältnisse der Liberalen Demokraten doch zum Teil erheblich: Abgeschafft wurde das Dele-

giertenprinzip zu den Bundesparteitag und Bundesvertreterversammlungen. Jetzt ist jedes Mitglied der Liberalen Demokraten stimm- und antragsberechtigt, sofern es mit der Beitragszahlung nicht länger als drei Monate im Rückstand ist. Bei Beitragsrückständen über den Zeitraum hinaus ruht die Mitgliedschaft.

Darüberhinaus ist der Bundesvorstand berechtigt worden, die Mitgliedsbeiträge bei den Mitgliedern selbst einzuziehen, wenn die Landesverbänden mit der Abführung der Beitragsanteile in zeitlichen Verzug geraten oder ein Landesverband nicht existiert bzw. nicht selbst die Beiträge einziehen will.

Für die Regionen der Republik, in denen keine Landesverbände bestehen, gibt es jetzt die Möglichkeit der bundesunmittelbaren Mitgliedschaft. Über die Aufnahme solcher Mitglieder entscheidet dann der Bundesvorstand.

Auf Antrag des Landesverbandes Hessen wurde den Gliederungen der Partei eine Neuordnung der Beitragstafel empfohlen, um die 'liberalen drucksachen' beim Weg aus ihrer Situation zu unterstützen. Diese sieht die Abführung eines Beitragsanteils an den Drucksachenverlag vor und wird den Gliederungen mit dem nächsten Rundschreiben zugeschickt.

Alle übrigen Anträge wurden an den Bundesvorstand zur weiteren Behandlung innerhalb der Partei verwiesen.

DIE WAHLERGEBNISSE

1. Bundesvorsitzender

Vorschlag: Ralf Bartz
 abgegeben. Stimmen: 87
 gültig : 86
 ja : 83
 nein : 2
 Enthaltung : 1

Ralf Bartz nimmt die Wahl an.

2. Bundesschatzmeister(in)

Vorschlag: Marianne Ascher-Vöcking
 abgegeben. Stimmen: 77
 gültig : 77
 ja : 71
 nein : 3
 Enthaltung : 3
 Marianne Ascher - Vöcking

nimmt die Wahl an. Anschließend legt der Bundesparteitag die Zahl der zu wählenden stellvertretenden Bundesvorsitzenden auf fünf fest. Es werden vorgeschlagen.

Heiner Jüttner, Rainer Bachmann, Hans Herbert Wilhelmi, Hanno Jochimsen, Almuth Fischer und Karl Heinz Freytag.

Heiner Jüttner kandidiert nicht.

Wahlergebnis:
 Wilhelmi 83
 Fischer 82
 Jochimsen 81
 Bachmann 78
 Freytag 72

Alle nehmen die Wahl an.

Georg Hundt

Der neue Bundesvorstand :

Bundesvorsitzender

Ralf Bartz
 Behringweg 10
 4630 Bochum 1
 0234 / 70 22 28

Bundesschatzmeisterin

Marianne Ascher - Vöcking
 Emmericher Str. 17
 4240 Emmerich 3
 02828 / 650

Stellvertretende Bundesvorsitzende

Rainer Bachmann
 Liliencronstr. 17
 1000 Berlin 41
 030 / 795 6301

Prof. Karl Heinz Freytag

Schleiermacherstr. 27
 5090 Leverkusen 1
 0214 / 9 41 37

Hanno Jochimsen

Mittelweg 151
 2000 Hamburg 13
 040 / 29188 / 4098 d.
 410 2545 p.

Almuth Fischer

Sonnenweg 13
 3160 Lehrte
 0511 / 762 5925 d.
 05132 / 7593 p.

Hans Herbert Wilhelmi

Hohenzollernstr. 54
 5300 Bonn 2
 0228 / 57 21 66 p.
 35 19 99 d.

Sehr geehrte Damen und Herren !
Liebe Freunde und Freundinnen !

Gemäß des Beschlusses des letzten Bundesparteitages in Osnabrück und des Bundesvorstandes vom 18. 04. 1986 lade ich Sie / Euch nach § 9.2 unserer Satzung zu einem außerordentlichen Bundesparteitag nach Dortmund ein.

Der Parteitag findet statt am Sonntag, den 22. Juni 1986 im Parkhotel - Rosenterrassen der Westfalenhalle Dortmund, Silbersaal, Rheinlanddamm 200, 4600 Dortmund 1, 0231 / 1204-1. Der Beginn ist um 10.00 Uhr, das Ende ist für 17.00 Uhr vorgesehen. Der Teilnehmerbeitrag beträgt DM 10,00.

Ich schlage Ihnen / Euch die folgende Tagesordnung vor :

1. Eröffnung des Parteitages
2. Wahl eines Tagungspräsidiums
3. Wahl eines(r) Protokollführers(in)
4. Verabschiedung der endgültigen Tagesordnung
5. Begrüßungsreden
6. Bericht der Mandatskommission
7. Rede des Bundesvorsitzenden und Einbringung der Anträge zur Bundestagswahl 1987
8. Aussprache zu 7. und Verabschiedung der Anträge
9. weitere Anträge und Behandlung der vom ordentlichen Parteitag am 12. / 13. April 1986 in Osnabrück überwiesenen Anträge
10. Schlußwort des Bundesvorsitzenden

Mit liberalen Grüßen
Ihr / Euer

Ralf Bartz
Bundesvorsitzender

Gemäß der geänderten Satzung in § 12.1 sind zu einem Bundesparteitag alle Mitglieder der Liberalen Demokraten stimmberechtigt, sofern sie nicht mit der Beitragszahlung mehr als drei Monate im Rückstand sind. Die Beitragszahlung ist gegenüber der Mandatskommission nachzuweisen.

Antragsberechtigt sind alle Mitglieder, die örtlichen Gruppen / Kreisverbände, die Landesverbände und die Mitglieder des Bundesvorstandes.

Die Frist für die Anträge endet am Sonntag, den 08. Juni 1986, Eingang in der Bundesgeschäftsstelle.

Antrag zum a.o. Bundesparteitag am 22. Juni 1986 in Dortmund

Antragssteller: Bartz, Freytag, Jochimsen, Aschervöcking

Bundestagswahl 1987

1. Die Bundestagswahl 1987 stellt die Liberalen Demokraten, die sich nicht mit Kandidaten und Listen an ihr beteiligen werden, vor die Frage, wie sie sich in die Wahlauseinandersetzung einbringen können, um den Aufbau ihrer Partei fortsetzen zu können und um das politische Ziel zu erreichen, die Regierung Kohl / Genscher abgelöst zu sehen.

2. Vom Grundsatz her bieten sich zunächst drei Beteiligungsformen für die Liberalen Demokraten :

- Das Herausstellen eines Bündels von Forderungen in Form von z.B. Wahlprüfsteinen, um Entscheidungshilfen anzubieten.

- Die Veranstaltung von Foren, um politische Forderungen zu diskutieren.

- Die bewußte Beschränkung auf eine Forderung, für die den Liberalen Demokraten eine besondere Kompetenz zugesprochen wird.

3. Angesichts der Möglichkeiten der Liberalen Demokraten, sich in der Öffentlichkeit zu artikulieren, sollten sie sich auf eine Forderung beschränken. Diese Forderung sollte die nach der Informationsfreiheit, nach der " Gläsernen Verwaltung " sein, wie sie in dem Programm " Die Demokratie erneuern " Eingang gefunden hat.

4. Um die Forderung möglichst politikfest zu machen, sollte mit den infragekommenden Parteien verhandelt werden mit dem Ziel, einer von ihnen die volle Unterstützung der Liberalen Demokraten gegen die Zusage zuzusichern, daß die Forderung nach einem Informationsfreiheitsgesetz erfüllt wird, wenn hierzu die parlamentarischen Möglichkeiten ausreichen.

5. Damit die Liberalen Demokraten sich glaubhaft für diese Partei oder Gruppierung einsetzen können, sollte diese publizistisch auf die Liberalen Demokraten und ihre zu verwirklichende Forderung hinweisen.

6. Der Bundesparteitag wird gebeten, die Reihenfolge der infragekommenden Parteien festzulegen, mit denen im Sinne der Ziffern 4 und 5 verhandelt werden soll.

LIBERALE PRESSE

Zeitschrift der LIBERALEN DEMOKRATEN

Sehr geehrte Damen und Herren!
Liebe Freunde (innen)!

Vor Ihnen / Euch liegt die Ausgabe der LIBERALEN PRESSE mit den Diskussionsergebnissen und Beschlüssen des a.o. Bundesparteitages der Liberalen Demokraten in Dortmund am 22. Juni 1986. Die Rede des Bundesvorsitzenden Ralf Bartz wird auf der Rückseite in Auszügen dokumentiert.

Ich hoffe, aus den Auszügen wird hinreichend der politische Hintergrund für die Parteitagsentscheidung zur Bundestagswahl 1987 deutlich.

Es war beabsichtigt, an dieser Stelle bereits die Verhandlungsergebnisse insbesondere mit den Grünen mitzuteilen. Der Prozess ist noch nicht soweit gediehen, daß ein Beschluß mitgeteilt werden kann. Die in der Rede des Bundesvorsitzenden angedeutete Richtung hat sich aber verstärkt, sodaß von einem positiven Verhandlungsergebnis mit den Grünen ausgegan-

gen werden sollte. Der Beschluß des Dortmunder Parteitages ist im Innenteil abgedruckt. Jedes Mitglied kann sich schon jetzt seinen persönlichen Beitrag zum Bundestagswahlkampf und zur Ablösung der Regierung Kohl / Bangemann überlegen. Der Bundesvorstand wird auf seiner Sitzung Ende August das Konzept für eine Wählerinitiative mit bestimmten Arbeitsschwerpunkten verabschieden. Danach sind dann alle Mitglieder gefordert.

Wie Sie / Ihr weiterhin sehen/ seht, ist die LIBERALE PRESSE Bestandteil eines größeren Rundschreibens an alle Mitglieder.

Es enthält die Satzung in der auf dem ordentlichen Parteitag in Osnabrück beschlossenen Fassung.

Das Programm "Arbeit für alle" ist das Ergebnis einer zweijährigen Diskussion.

Die Mitglieder haben jetzt

Möglichkeit, mit diesem Programm auf die Straße zu gehen, es in ihrer Bekanntheit herumzureichen und den Freundeskreis dafür zu interessieren. Die Broschüre kann in der Bundesgeschäftsstelle noch ausreichend zum Stückpreis von 1,-DM bestellt werden.

Schließlich enthält das Rundschreiben noch einen Aufruf zur (finanziellen) Solidarität. Der Bundesverband braucht auch und gerade wegen des kommenden Wahlkampfes ein wenig finanziellen Freiraum, auch eine kleine Spende, die den Schuldenstand der Partei reduziert, schafft neue politische Handlungsfähigkeit.

Die Protokolle der beiden letzten Parteitage liegen jetzt in druckreifer Vorlage vor. Das Verschicken an alle Mitglieder wäre allerdings zu aufwendig. Wer sie haben möchte, wende sich bitte an die Bundesgeschäftsstelle oder

an den Landesvorsitzenden. Die Landesverbände erhalten ein Exemplar.

Um diese Zeitung besser zu finanzieren, aber auch um den Parteifreunden untereinander die Möglichkeit der Werbung zu eröffnen, bietet der Bundesvorstand jetzt allen Mitgliedern an, in der LIBERALEN PRESSE in begrenztem Umfang zu inserieren oder Werbematerial beizulegen. Wer also nicht unmittelbar spenden will, sondern sich und der Partei helfen will, sollte auf diese Möglichkeit zurückgreifen.

Es bleibt mir zum Schluß noch der Wunsch nach einer guten Erholung im Urlaub und nach neuer Tatkraft im Anschluß daran.

Die Bundesgeschäftsstelle wird vom 25. Juli bis zum 10. August 1986 wegen Urlaub geschlossen sein. Bis dahin
Ihr / Euer

Georg Hundt

Liberaler
Demokraten LD

LIBERALE PRESSE - Ausgabe Juli 1986

Herausgeber:

Bundesvorstand der Liberalen Demokraten
Karl-Hermann-Flach-Haus
Reuterstr. 44
5300 Bonn 1
0228 / 21 78 87
Sparkasse Bonn 1900.1999 BLZ 38050000

Redaktion:

Georg Hundt

Auflage:

2.500

Entscheidungsgrundlagen der Liberalen Demokraten für einen eigenständigen Beitrag zur Bundestagswahl 1987

1. Die Bundestagswahl 1987 wirft ihre politischen Schatten voraus. Damit stellt sich auch für die Liberalen Demokraten die Frage nach ihrem eigenständigen Beitrag für die Bundestagswahl 1987. Anders als zur Wahl 1983 ist die Entscheidung über eine eigene Wahlteilnahme einfacher: Aufgrund der eigenen mangelnden organisatorischen, finanziellen und politischen Voraussetzungen verbietet sich eine eigene Wahlteilnahme, sie würde den langfristigen Parteaufbau infragestellen und das zu erwartende Ergebnis die Partei grundsätzlich gefährden. 1987 wird daher wiederum keine liberale Partei zur Wahl stehen. Der politische Liberalismus wird auch in der kommenden Legislaturperiode nicht im Deutschen Bundestag vertreten sein.

2. Dennoch wird die kommende Bundestagswahl für die weitere Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland von entscheidender Bedeutung sein. Der ökonomische, soziale und ökologische Problemdruck wird politische Entscheidungen erforderlich machen, die die Richtung für die politische Weiterentwicklung bis zum Jahre 2000 soweit festlegen werden, daß Kurskorrekturen oder -veränderungen immer schmerzlicher werden.

Die Bundesrepublik Deutschland verträgt keine weiteren vier Jahre Aufrüstung um jeden Preis; die Politik der Stärke diesseits und jenseits des Atlantiks wird immer mehr zu einer Gefahr für das atomare und konventionelle Pulverfaß Europa.

Die Bundesrepublik Deutschland verträgt keine weiteren vier Jahre, in denen die ökologischen Probleme vermeintlichen ökonomischen Notwendigkeiten untergeordnet werden und die Zukunft der Republik in Beton, Vergiftung von Luft und Böden und atomarer Energieversorgung erstickt.

Die Bundesrepublik Deutschland verträgt keine weiteren vier Jahre des offenen und schleichenden Abbaus von Grund- und Freiheitsrechten, in denen demokratische Minderheiten zum Ziel staatlicher Kontrolle und Überwachung werden und jede demokratische Regung das Interesse der sogenannten Sicherheitsbehörden hervorruft.

3. Die kommende Bundestagswahl hat demzufolge entscheidende Bedeutung für unsere weitere politische Zukunft, für die Republik im allgemeinen und die Liberalen Demokraten im besonderen. Es ergeben sich deshalb zwei Ziele, die in der politischen Auseinandersetzung um diese Wahl erreicht werden sollen:

a. Die Liberalen Demokraten wollen ihren Parteaufbau fortsetzen und die Wahlauseinandersetzung nutzen, sich selbst politisch und organisatorisch zu stärken. Der Liberalismus muß in der Wahlauseinandersetzung zu Wort kommen und sich Gehör verschaffen.

b. Die Liberalen Demokraten wollen ihren Beitrag dazu leisten, daß die Regierung Kohl / Bange mann weggewählt und eine neue politische Mehrheit, die nur aus Sozialdemokraten und Grünen bestehen kann, die Möglichkeit erhält, die für die Republik notwendige Richtungsänderung in Angriff zu nehmen.

4. Um die eigene Partei erkennbar in die Wahlkampfauseinandersetzung einzubringen und damit zum Gegenstand der öffentlichen Auseinandersetzung zu machen, gibt es grundsätzlich zwei Möglichkeiten:

Aufgrund sogenannter Wahlprüfsteine wird ein Forderungsprofil der Liberalen Demokraten deutlich, das Entscheidungsgrundlage für LD - Mitglieder, aber auch für diejenigen Bürger (innen) wäre, die sich schon deshalb nicht im Spektrum wiederfinden, weil eine liberale Partei nicht zur Wahl steht.

Die zweite Möglichkeit besteht darin, eine politische Forderung, die erkennbar nur den Liberalen Demokraten zugeordnet wird und ihre Identität mitbegründet, in Verhandlungen mit einem möglichen Partner einzubringen mit der Zusicherung, bei gegebenen parlamentarischen Mehrheiten die Verwirklichung der Forderung einzulösen.

Angesichts der Möglichkeiten der Liberalen Demokraten, sich in der Öffentlichkeit zu artikulieren, sollten sie sich auf eine Forderung beschränken.

Für die kommende Legislaturperiode fordern die Liberalen Demokraten deshalb ein Gesetz zur Informationsfreiheit - " Gläserner Staat " -, das die Freiheit der Information für jedermann, soweit Daten nicht zum Schutze der Persönlichkeit von einzelnen verschlossen bleiben müssen, sicherstellt, wie es im Programm " Die Demokratie erneuern " Eingang gefunden hat.

Die Liberalen Demokraten werden derjenigen Partei ihre Unterstützung zusichern, die die Umsetzung der Forderung glaubhaft versichert, sie publizistisch in ihren Wahlkampfmaterialien entsprechend herausstellt und im übrigen die weiteren Forderungen der Liberalen Demokraten zur " Erneuerung der Demokratie " sowie zu " Arbeit für alle " stützt.

5. Eine besondere Bedeutung für den kommenden Wahlausgang wird das Wahlergebnis der FDP haben. Die Rolle des Mehrheitsbeschaffers, den die FDP in der Geschichte der Bundesrepublik immer wieder ausgeübt hat, hat sich in den letzten Jahren in Bund und Ländern verstärkt. Die FDP lebt vom Wohlwollen der CDU / CSU. Alle Ansätze der sozialliberalen Ära, eine eigenständige politische Identität zu erarbeiten, sind aus dem Profil der FDP verschwunden. Auch in der kommenden Legislaturperiode wird die konservativ - reaktionäre Regierung auf die Mehrheitsbeschaffung der FDP angewiesen sein, eine ungeschminkte Zweitstimmenkampagne der CDU / CSU zugunsten der FDP ist deshalb zu erwarten. Die Liberalen Demokraten sehen deshalb für sich im kommenden Wahlkampf einen wesentlichen Schwerpunkt in der Auseinandersetzung mit der FDP und ihres Auftretens unter dem scheinbaren Firmenschild des Liberalismus. Eine Partei, die letztendlich die Mehrheiten für Demokratieabbau, Vertiefung der sozialen Gegensätze und innerer und äußerer Aufrüstung liefert, kann keine liberale Partei sein. Der Beitrag der Liberalen Demokraten wird deshalb deutlich machen, daß Liberale in der FDP ihren Hauptgegner sehen müssen. Nur die Wahlentscheidung gegen die FDP kann den Liberalismus langfristig wieder glaubwürdig und politikfähig machen.

6. Als einer von zwei möglichen Partnern kommt für die Liberalen Demokraten die SPD infrage. Die Sozialdemokraten haben sich in den vergangenen drei Jahren programmatisch erneuert und in verschiedenen Politikbereichen Positionsveränderungen vorgenommen. Die Erneuerung der Sozialdemokraten muß allerdings noch unter den Bedingungen einer politischen Mehrheit getestet werden. In ihrer erkennbaren Wahlkampfstrategie setzen sie auf ein Wahlergebnis, das die Mehrheit der Mandate zum Ziel hat. Am linken Rand wollen sie die Grünen überflüssig machen und in der sogenannten Mitte gleichzeitig soviel Stimmen gewinnen, daß es für eine Mehrheit der Mandate reicht. Neuere Planspiele kalkulieren schon eine Rückkehr zu einer "sozialliberalen" Mehrheit. Was für die Sozialdemokraten verlockend ist, kann in diesem Fall für die weitere Entwicklung der Bundesrepublik ziemlich verheerend sein:

Formelkompromisse lösen die Zukunftsprobleme unserer Republik nicht, jeder Ansatz für einen liberalen Neubeginn wäre damit zum Scheitern verurteilt. Neben der Durchsetzung der politischen Forderung nach dem " Gläsernen Staat " gegenüber den Sozialdemokraten und der Verankerung in ihrem Wahlprogramm hätte eine Wählerinitiative zugunsten der SPD insbesondere die Aufgabe, für die SPD ehemals sozialliberale Wähler, die in ihrer Mehrheit zu Wählern der Grünen geworden sind, für die SPD zu gewinnen und damit das grüne Wählerpotential entscheidend zu schwächen.

7. Als weiterer Partner können für die Liberalen Demokraten grundsätzlich die Grünen angesehen werden. Ein Teil der Entstehungsgeschichte der Grünen erklärt sich unter anderem im Versagen der FDP als liberaler Fortschrittspartei. Viele ehemals Sozialliberale sind inzwischen Mitglied bei den Grünen. Liberale Demokraten arbeiten in verschiedenen kommunalen Fraktionen mit den Grünen zusammen. Bisher vorliegende Verhandlungsergebnisse lassen die Umsetzung der politischen Forderung nach dem " Gläsernen Staat " realistisch erscheinen. Eine neue Mehrheit in der Bundesrepublik ist unter den gegebenen politischen Verhältnissen derzeit nicht möglich ohne die Beteiligung der Grünen, die sich dieser historischen Verantwortung allerdings nur sehr bedingt stellen. Liberale Demokraten müßten in der Wahlauseinandersetzung 1987 begründen, warum sie ausnahmsweise zur Wahl der Grünen aufrufen und den Grünen vor allem die Wählerstimmen zuführen, die den Rechtsstaat noch immer in der FDP aufgehoben sehen und dem liberalen Etikettenschwindel erliegen. Das Scheitern der FDP wäre dabei das optimale Ziel.

8. Nach ausführlicher Diskussion legt der Bundesparteitag der Liberalen Demokraten die Reihenfolge - und damit zugleich seine Präferenz - der infragekommenden Parteien, mit denen im Sinne der Ziffer 4 verhandelt werden soll, wie folgt fest;

1. Die Grünen,
2. SPD.

Der Bundesvorstand erhält vom Bundesparteitag den Auftrag, nach Abschluß der Verhandlungen anhand der oben aufgeführten Kriterien die endgültige Entscheidung zu treffen.

Am 25. Jan. 1987 wird ein neuer Deutscher Bundestag gewählt. Bis zum Wahltag sind es noch 7 Monate.

Auf unserem Parteitag in Osnabrück haben wir uns verständigt, unmittelbar nach der NDS-Wahl unsere Haltung für die BT-Wahl festzulegen.

Dieses muß uns heute gelingen.

Dieser Parteitag wird mein schwierigster. Als ich Kassel, Berlin und Osnabrück gewählt wurde, erhielt ich auch die Stimmen von Freunden, die mir nur zu 51% (oder vielleicht weniger) zustimmten. Wenn wir heute mit einer Abstimmung 51 zu 49 auseinandergehen, wenn eine inaktive Mehrheit eine aktive Minderheit überstimmt, dann hat das vernichtende Folgen für den weiteren Bestand. Als Bundesvorsitzender bin ich dann gescheitert.

Schon der grundsätzliche Antrag des Bundesvorstandes ist nicht einvernehmlich eingebracht worden. Wir haben das offen ausgewiesen, in dem wir die Namen der Antragsteller genannt haben.

Ich habe also allen Grund, mit einem Appell an die Geduld, die Vernunft, die Toleranz und die Solidarität zu beginnen. Es muß heute ein Ergebnis erarbeitet werden, das von allen, d. h. auch von einer überstimmten Minderheit in den nächsten 7 Monaten aktiv vertreten werden kann und auch wird.....

Einige Thesen vorweg:

1. Im Januar 1987 kandidiert keine liberale Partei. Wir kandidieren nicht. Die anderen sind nicht liberal. Das zwingt liberale Wähler zur Wahl des kleineren Übels. Technisch gesprochen, die liberalen Wähler werden zu Funktionswählern.....

2. In Niedersachsen fehlten Herrn Schröder 28.000 Stimmen, wenn 14.000 Funktionswähler sich anders entschieden hätten, hätten sie den Machtwechsel in Hannover und im Deutschen Bundesrat bewirkt. Die Annahme, daß eine ähnlich kleine Zahl zum Machtwechsel in Bonn führt, ist sehr plausibel.

3. Unsere Mitglieder werden es nicht ertragen, nur den Wahlkampf zu beobachten und als Funktionswähler ihre

Stimme abzugeben. Es gibt einen ganz breiten Konsens, daß der Machtwechsel in Bonn bewirkt werden muß. Es gibt auch die Bereitschaft, für den Machtwechsel tätig zu werden.

4. Die FDP übt eine neue Arbeitsteilung, die das Ziel hat, die liberalen Funktionswähler zu binden.....

Ihre Klientel ist für uns nicht erreichbar. Wer aber nur oberflächlich die deutsche Geschichte kennt, der kennt die Distanz der Wirtschaftsliberalen zum Rechtsstaat. Es ist unsere Aufgabe, den Unterschied von Liberalismus und Wirtschaftsliberalismus den Funktionswählern deutlich zu machen. D. h. taktisch, daß wir die FDP provozieren müssen. Sonst müssen wir hinnehmen, daß viele Funktionswähler Herrn Hausmann auf den Leim gehen. Das jüngste Gerede aus Hamburg sehe ich auf der gleichen taktischen Linie.

5. Die Wahlpropaganda der SPD, mit der sie die absolute Mehrheit anstrebt, ist angesichts der Gegenpropaganda von der rot-grünen Gefahr verständlich. Ein Wahlergebnis einer absoluten Mehrheit ist aber höchst unwahrscheinlich. Zum Machtwechsel in Bonn ist ein Tolerierungs- oder Koalitionspartner der SPD notwendig. Kanzlerkandidat J. Rau wird dann zwar Ministerpräsident in Düsseldorf bleiben, die SPD wird jeden Partner akzeptieren, sei grün, blau-gelb oder schwarz.

6. Die Grünen haben - mindestens bisher - keine Begünstigung aus der Katastrophe im Kernkraftwerk Tschernobyl erfahren. Einerseits ist ihre klare, unzweideutige Haltung von den Sprüchen vom Einstieg in den Ausstieg überlagert worden, andererseits machen sie viel zu viel Quatsch, der auch die Kernkraftgegner abstößt. Die

fallen dann auf den Einstieg in den Ausstieg herein. Da trotz größter Unfugs in Niedersachsen 7% erreicht wurden, gibt es keinen Zweifel, daß die Grünen auch im nächsten Bundestag sitzen werden.

7. Es gibt drei Formen einer SPD-geführten Bundesregierung, die wenig wünschenswert oder sogar höchst problematisch sind:

a. die absolute Mehrheit, Modell NRW.

b. die Koalition mit den Wirtschaftsliberalen. Kurzform : österreichische Verhältnisse. Nicht so schlimm wie jetzt, aber schlimmer als die Schmidt-Ära,

c. die große Koalition. Selbst bei Ausschluß der CSU ein Horror. Bleibt logischerweise Rotgrün als Tolerierung oder Koalition mit einem Kanzler Vogel oder ähnliches. Sicherlich auch keine wünschenswerte Perspektive, aber besser als alle Alternativen. Vielleicht wird es nicht soviel vorwärts gehen, aber der Roll-back wird immerhin gestoppt werden.

Vor diesem Hintergrund will ich nun skizzieren, was die LD machen können, soweit sie sich nicht bereits aufgegeben haben, und auch machen müssen.

1. Ziel ist, den Bestand der LD zu sichern, deren Aufbau voranzutreiben, endlich einmal einen politischen Erfolg verbuchen. Es gibt leider zu wenig Liberale, die bei Mißerfolgen und Nichterfolgen bei der Stange bleiben.

2. Ziel ist, zum Machtwechsel in Bonn beizutragen. Kohl muß wieder Oppositionsführer werden. Bangemann ist in Bonn ganz entbehrlich.....

Doch wie immer wir über die SPD oder die Grünen und deren Unterstützung denken, zugleich müssen wir über die Abgrenzung und die Sicherung der Eigenständigkeit nachdenken. Somit muß deutlich werden, daß wir nur den Machtwechsel am 25. Januar 1987 unterstützen. Anschließend geht es eigenständig weiter.

In diesem Rahmen hat das Stichwort " Gläserne Verwaltung " seine Funktion.

Ich möchte noch einmal sagen, was ich schon so oft vorgetragen habe: Die Liberalen Demokraten müssen ein eigenständiges Profil sichtbar machen. Unsere Hauptanliegen sind, die Demokratie zu erneuern und für Arbeit für alle zu sorgen.

Wichtigstes Element der Strategie, die Demokratie in unserem Land zu erneuern, ist das Prinzip der Verwaltungsverschwiegenheit in ein Prinzip der Verwaltungsöffentlichkeit umzukehren.

Als wir das Prinzip der " Gläsernen Verwaltung " auf unserem Berliner Parteitag beraten und beschlossen haben, kannten wir die Bonner Entwürfe für die sieben Überwachungsgesetze noch nicht.

Die gläserne Verwaltung ist aber genau die richtige Antwort auf die Überwachungsgesetze.

Die Philosophie der Überwachungsgesetze ist, die Staatsverwaltung zu stärken und den Bürgern wieder in die Rolle des ruhigen Untertan zu bringen.

Unsere Philosophie ist die vom starken Bürger, der mit effektiven Werkzeugen die Staatsverwaltung kontrolliert. Die Konservativen gehen vom Gegensatz von Staat und Bürgern aus. Wir wollen das Verhältnis aus Einheit gestalten. Dann kann aber der Staat nicht das Recht haben, auch nur irgendetwas vor dem Bürger geheim zu halten.

Das Prinzip der Amtsverschwiegenheit stammt aus vordemokratischer Zeit. Staaten mit etwas tiefer sitzendem Demokratie-Bewußtsein haben längst das Prinzip umgekehrt. In Amerika heißt das " Freedom of Information-Act ". In den benachbarten Niederlanden heißt es das Gesetz über die Öffentlichkeit der Verwaltung. Alle skandinavischen Länder haben Gesetze über ein allgemeines Akteneinsichtsrecht für den Bürger.....

Der liberale Denkansatz bei dem Projekt " Gläserne Verwaltung " ist für jedermann erkennbar. Es ist unmittelbar sichtbar, daß diese Forderung weder von der SPD noch von den Grünen kommt. Wenn wir einen der beiden dazu bringen können, in der nächsten Legislaturperiode ein Freedom of Information-Act in den Deutschen Bundestag einzubringen, dann hätten wir

1. aus unserer vorparlamentarischen Position heraus ein liberales Projekt politikfähig gemacht und

2. die Existenz einer liberalen Kraft in dieser Republik wieder sichtbar gemacht.

....